

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Strafen wir die Anfläger!

„War so etwas in Oesterreich möglich?“ Es frag vor einigen Tagen der sonst extrem nationalistische „28. Riien“, und das Blatt hatte dabei die lange Reihe der tschechoslowakischen Korruptionsaffären im Auge. Und das Blatt mußte mit Bitterkeit feststellen, daß man diesen Stoßseufzer in diesen Tagen von tschechischen Leuten überall zu hören bekomme: in den Eisenbahnwagen, in der Straßenbahn, in den Kaffeehäusern, in den Geschäftsläden, kurz überall, wo Menschen zusammenkommen, welche über die Tagesereignisse sprechen. Die Atmosphäre sei mit Brennstoffen durchsetzt, doch die Volkstiker gingen wie kleine Kinder blind herum und spielen mit Rindhölzchen, als wäre nirgends die geringste Gefahr. Im Volke häufe sich Unzufriedenheit und alles Vertrauen in die Reinheit des politischen Lebens wie auch in die Moral des öffentlichen Lebens wäre dahin. Prag und die politischen Führer kennen, wie alles zeige, nicht genügend die Mentalität des Volkes und äußerst wenig scheren sie sich darum, was man zu alledem draußen im Lande sage. Die Frage: „War so etwas in Oesterreich möglich?“ sei beschämend und bitter, aber die Antwort darauf müsse doch lauten: Nein!

Für diejenigen, die im alten Oesterreich nicht mit Unrecht den Hort vieler Uebel sahen, und die den Bruch mit ihm äußerlich und innerlich zu vollziehen suchten, indem sie sich zu „entösterreichern“ gelobten, sind dies schmerzhafteste Eingeständnisse. Und sie stehen nicht allein. Es fehlt nicht auch an anderen erstem Stimmen, die ähnlich sich vernehmen lassen. Was aber gedenkt die Regierung zu tun, um dem Vefahren, Wegauern, Betrügen, Blündern und Verschwindeln der Republik durch die unerfällliche Bourgeoisie ein Ende zu setzen? Spiritus, Benzin, Valuta, Kohle, Petroleum, alles, alles womit sich Handel treiben läßt, dient dieser Bourgeoisie als Mittel der Spekulation, der Korruption und des Raubes. Die Bevölkerung ist beunruhigt, empört und mißtrauisch, sie sieht nachgerade in jedem, der sich politisch betätigt, einen Menschen, der sich zu bereichern sucht, und wittert in jedem Funktionär Neigung zur Veftechlichkeit. Was muß also dagegen nach dem Willen der Regierung geschehen? Wie soll das Ungezieser ausgerottet, das erschütterte Vertrauen der Bevölkerung gestärkt werden?

Die Regierung hat geantwortet: durch ein Gesetz! Das wäre an sich sehr löblich; aber gegen wen soll dieses Gesetz gerichtet sein? Nicht die Diebe, die Betrüger, die Wucherer, die Korruptionisten sollen dadurch getroffen werden, denn zum Kampfe gegen diese hält die Regierung die bestehenden Gesetze für ausreichend und nach dieser Richtung gedenkt sie sich nicht zu beeilen. Der Ministerpräsident hat das wahre Mittel gefunden, um zu verhindern, daß immer wieder Skandalaffären die Bevölkerung beunruhigen, ohne daß dabei die Korruptionisten irgendwie belästigt werden. Der Tausenfassa Svehla trifft auch dies! Keine Rauberei ist dabei, es geht alles mit natürlichen Dingen zu. Man sperrt einfach die Anfläger ein und alles ist gerettet! Dann gibt es keine Skandalaffären mehr, denn niemand wird mehr da sein, der sie breittreten würde, und mit ihnen — wie sich der Ministerpräsident ausdrückt — einen „Handel mit Moral“ treiben könnte. Das Mittel ist probat, schneidig und geht aufs Ganze los. Sitten erst einmal alle, welche die eblen Korruptionisten scheel anzusehen wagen, hinter eisernen Gittern, dann wird jene Ruhe eintreten, welche der Staat jetzt so oft vermisse, — wobei man gut tut, so oft Herr Svehla vom „Staat“ spricht, dafür das Wort „Korruption“ zu setzen. Die Anfläger einsperren, das ist das Notwendigste, was wir brauchen, um von dem Geschwür der Korruption zu gesunden.

In der Kultur- und Sittengeschichte des Landes wird schon die Interpellation der

Rehrens im Reichstage.

Der Reichstag mit Zustimmung des Reichspräsidenten aufgelöst. —
Neuwahlen voraussichtlich im Mai.

Berlin, 13. März. (Eigenbericht.) Nach wochenlangem Zögern hat sich die Reichsregierung jetzt endlich zu einem klaren Entschluß aufgerafft und in der heutigen Sitzung des Reichstages seine Auflösung mit Genehmigung des Reichspräsidenten verkündet. Die letzte Sitzung des Reichstages brachte noch einen Vorstoß des deutschnationalen Doktor Helfferich gegen die Schacht'sche Goldkreditbank. Helfferich kann es offenbar seinem demokratischen Vögnier nicht verzeihen, daß er mit fester Energie und Umsicht die Stabilisierung der Mark durchgesetzt und auch die Ansprüche der Rentenbank auf Kontrolle und Leitung des deutschen Finanzwesens in die gebührenden Schranken zurückgewiesen und die Autorität der Reichsbank gegenüber den Vorstößen bestimmter Personen gesichert hat. Helfferich fand aber keine Unterstützung bei den übrigen Parteien.

Außerdem bewilligte sich der Reichstag noch in letzter Minute vor dem Auseinandergehen

Freisparteiern bis zu den Neuwahlen. Der Wahltermin ist noch nicht festgesetzt; nach der Verfassung bestimmt ihn der Reichspräsident. Es kommt aber nur der 4. oder 11. Mai in Betracht. Man spricht davon, daß die preussischen Gemeindevahlen, die auf den 4. Mai festgesetzt waren, mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen verschoben werden sollen. Während der Osterwoche ist nach einem Beschluß des Reichstages der Wahlkampf unterbunden. Am Schlusse der Sitzung dankte Abgeordneter Jenzendach unter dem Beifalle des ganzen Hauses dem Reichstagspräsidenten Genossen Voebc für seine unsichtige und unparteiische Geschäftsführung.

Voebc schloß die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Arbeit des verfloffenen Reichstages würdigte, und endigte mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik, in das das ganze Haus, begeistmender Weise mit Einschluß zweier deutschnationaler Abgeordneter, einstimmte.

Die Steuergelehe im Senat.

Verwahrung gegen ein Ermächtigungsgesetz.

Paris, 13. März. Heute begann im Senat die entscheidende Finanzdebatte, deren Höhepunkt für morgen zu erwarten ist. Bekanntlich enthält der Bericht der Finanzkommission des Senates einige Punkte, die wesentlich von der Auffassung der Regierung abweichen und um die sich der Kampf entspinnen dürfte. Diese Unstimmigkeiten betreffen hauptsächlich 1. die Finanzpolitik im Allgemeinen, 2. das sogenannte Ermächtigungsgesetz und 3. das Zündholzmopol, gegen dessen Aufhebung sich die Kommission sträubt.

Nachdem der Gesetzesantrag über das Regime der Schatz- und Verteidigungsbonds durch Handausheben angenommen worden war, legte Bergeranger seinen Bericht über die neuen Steuerprojekte vor. Er betonte, daß die Kommission vom politischen Gesichtspunkte der Regierung nicht die Waffen, um die sie ersucht hat, verweigern wolle. Indessen ist die Kommission bei Prüfung des ersten Artikels des Ermächtigungsgesetzes zu dem Schlusse gelangt, daß die Vollmachten der Regierung nur im Namen der Gesetze und

der Verfassungsmäßigkeit erteilt werden können. Gemäß der Verfassung stehe die gesetzgeberische Gewalt den beiden Kammern zu und das Ersuchen der Regierung, die Macht aus den Händen zu geben (im Wege eines Ermächtigungsgesetzes. Die Red.), kann nicht gerechtfertigt werden! (bei diesen Worten macht Poincare eine abwehrende Handbewegung). Bergeranger wiederholt hierauf seine Kritik des Vorprojektes Steuerzuschlages und erklärt, das Programm Frankreichs solle sein, im Einvernehmen mit den Alliierten von Deutschland Zahlungen zu erhalten. Die Ruhrbesetzung bürde den französischen Steuerpflichtigen sechs Milliarden neue Steuern auf.

Darauf tritt Poincare auf die Rednertribüne und erklärt, daß er gleich jetzt die Auffassung der Regierung vordringen wolle. Er sehe vorderhand vom ersten Artikel ab und er wolle zuerst die Gründe beleuchten, welche die Regierung bewegen haben, das gesamte Projekt vorzulegen. Poincare schildert dann, die im Auslande entsachte Offenfeind gegen den französischen Staat, welche ein Druck war, um Frankreich zu bevorkaffen, das Ruhrgebiet zu verlocken.

Koalitionsparteien, welche zu der Ankündigung des neu zu schaffenden Gesetzes durch den Ministerpräsidenten führte, einen hervorragenden Platz einnehmen. Diese von der „Reife“ offenkundig bestellte Interpellation frug nicht, was denn also zur Verhinderung der Ständele geschchen werde, sondern, ob die Regierung den Geschworenengerichten die Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit über Privatehrenbeleidigungen, begangen durch die Presse, zu entziehen gedenke? Und der Ministerpräsident sprang jugendlich-behende auf, um rasch zu antworten, die Regierung setze ihren Eifer daran, dies zu tun, denn mit den ewigen Korruptionsgeschichten sei es nicht zum Aushalten! Durch diese Affären werde das Ansehen des Staates untergraben, daher müßten die Gerichte wirksamer arbeiten, um die Staatschädiger einzusperrn, und da die Geschworenen sich bei diesem Geschäft nicht genug verlässlich erweisen, so sollen Berufsrichter damit betraut werden. Herr Svehla sagte das zwar nicht dem Wortlaute, aber dem Sinne nach. Er drückte dies in Worten so aus: es geschähe, daß die Geschworenen sich oft bei dem durch das Redaktionsgeheimnis verhängelten Stand der Dinge nicht auskennen und „mehr oder minder aus persönlichen Motiven“ urteilen. Herr Svehla und die Koalitionsparteien haben mehr Vertrauen zu den Berufsrichtern, das kann man nachempfinden. Aber die andere Bevölkerung? Glaubt der Ministerpräsident, diese Bevölkerung werde in der beabsichtigten Ausschaltung der Schwurgerichte bei Ehrenbeleidigungsdelikten der Presse — und es handelt sich doch bei solchen

nicht um irgendwelchen Hausstrafs, sondern um Fälle mit politischem Einschlag! — etwas anderes sehen, als ein Attentat auf die Freiheit der Presse und den Schutz, den sich Schuldige, Angeschuldigte und Mitgeschuldige an den Korruptionsaffären selbst schaffen wollen? In den Parteien der Koalition sitzen trotz aller monatebauernden Skandale die Praxek, Tuchns und Kustige, der Korruption Ueberführte in aller Ruhe und Verschaulichkeit. In der Bevölkerung sagt man sich: wer mag wissen, wieviel andere es sind, die dort noch Ähnliches taten, deren Tat aber noch nicht an den Tag gekommen ist? Und der Unmut richtet sich gegen die Koalitionsparteien, die bisher noch stets über ihre überführten Mitglieder schützenden Arm hielten, auf daß ihnen kein Haarr gekrümmt werde. Und diese so im Ansehen stehenden Parteien und Personen wollen das neue Gesetz beschließen, wollen die Freiheit der öffentlichen Kritik beschneiden! Von allen Belastungsproben des sittlichen Empfindens ist dies die stärkste und gewagteste! Der Angeklagte verwandelt den Anfläger in den Schuldigen, um ihn recht sicher hinter Schloß und Riegel zu bringen! Höher geht es wirklich nicht mehr!

Der Ministerpräsident behauptet, die Geschworenengerichte seien nicht fähig, unbeeinflusste Verdikte zu fällen. Wem will er denn einreden, daß Berufsrichter stets unbeeinflusst, ohne Ansehen der Partei, des Standes und der Person geurteilt haben? Er hat in seiner jungfräulichen Unbesonnenheit wohl noch nie

Der Aderbau der Zukunft. Die Rolle der Maschine in der Landwirtschaft.

Von erfolgreichen Männern soll man lernen. Zu der Kategorie von solchen Männern gehört der amerikanische Automobilfabrikant Henry Ford, angeblich der reichste Mann der Welt. Unter dem Titel „Mein Leben und Werk“, hat er ein interessantes Buch als Beitrag zur „praktischen Lösung der sozialen Frage“ erscheinen lassen. Er hat sich innerhalb kurzer Zeit vom einfachen Ingenieur zu einem der einflussreichsten Männer der Vereinigten Staaten Nordamerikas emporgeschwungen. Das Geheimnis seines beispiellosen Erfolges liegt darin, daß er ein müßtergütig durchdachtes Fabrikat — sein Auto — durch Verbesserung der Arbeitstechnik fortwährend so verbilligte, daß es in Amerika schon Gemeingut geworden ist. Ford will es so weit bringen, daß jedermann sein eigenes kleines Auto zu Verkehrs-zwecken besitzt. Schon jetzt sind seine Wagen zu Millionen vertreten. In elf Jahren senkte er den Verkaufspreis von 356 Dollar auf 355. Dabei erhöht er ständig die Löhne seiner Arbeiter, verlangt aber von ihnen die vollste Hingabe. In seinen Fabriken ist jeder Handgriff genau ausgedacht, ja jeder überflüssige Schritt der Arbeiter vermieden, um auch die geringste Verschwendung von Energie und damit Geld zu verhindern.

Zur der Arbeiter seine Pflicht, führt er sich als verantwortliches Glied eines lebendigen Organismus, so bleiben ihm nach Fords Angaben dafür alle wirtschaftlichen Sorgen fern, er ist auch für das kommende Alter gesichert. Fords wissenschaftlicher Zeitgedanke ist, die Maschinentechnik zum Nutzen der Allgemeinheit möglichst zu vervollkommen. Er sagt, daß der bisherige Fortschritt zwar groß, aber im Vergleich zu dem, was noch zu leisten sei, noch immer klein ist. Bedenke man, meint Ford, daß nur zum Umpflügen des Bodens mehr Kraft verbraucht wird, wie in allen industriellen Unternehmungen des Landes, so bekommt man eine Ahnung, welche Möglichkeiten noch vor uns liegen.

Steuernehmend ist, was Ford über die Staatsverschwendung in der Landwirtschaft schreibt: Der Landmann macht sich sein Tagewerk zu schwer. Er glaubt, daß der Durchschnittsarmer nur fünf Prozent seiner Energie auf wirklich nützbringende Arbeit verwendet. Eine Fabrik, die nach Art einer Durchschnittsfarm eingerichtet würde, wäre von Menschen überfüllt. Die schlechteste Fabrik ist kaum so schlecht eingerichtet wie eine mittlere Bauern-

das Wort „Klaffenstiz“ gehört? Er glaubt wohl noch wie an den Storch, so auch daran, daß jeder Richter immer und überall unabhängig, unbeeinflusst von Stimmungen, Gesinnungen und Einflüssen von „oben“ seit jeher als das reine inkarnierte Recht seines Amtes gewaltet habe! Gerade er als Fische müßte doch zumindest etwas von der Unbeeinflussbarkeit und Unabhängigkeit der Richter im alten Oesterreich gehört haben! Glaubt der naive Herr Svehla, daß nur bei den Richtern etwa in Preußen die Unabhängigkeit durch Verletzungen, Präterierungen und sonstige Befehse einer unsichtigen Justizpflege sehr erheblich gemildert werden kann? Herr Svehla ärgert sich auch über den „Handel mit Korruption“, den angeblich die Bekämpfer der Korruption betreiben. Aber wer hindert denn die Koalitionsparteien bei diesem Handel als Konkurrent aufzutreten? Er möge sich doch nicht wundern, daß trotz der Wirtschaftskrise gerade dieser „Handel“ blüht und vielen Zulauf findet? Er, der selber reine Hände hat, müßte es doch verstehen, daß die Nachfrage nach dem Artikel Moral in der Bevölkerung eine um so regere ist, als er im öffentlichen und politischen Leben immer spärlicher und seltener wird.

Die Koalition will mit ihrer neuesten Parole: „Sperren wir die Anfläger ein!“ allem bisher Dagewesenen die Krone aufsetzen. Sie hat gewiß die Macht dazu. Und auch die Schamlosigkeit. Aber dessen kann sie gewiß sein: leicht soll ihr dieser Versuch, die Anfläger der Korruption zum Schweigen zu bringen, nicht gemacht werden! Auch die Anflagen gegen die Korruption werden von der Tagesordnung damit nicht verschwinden!

schon u. e. Kraft und elektrischer Strom finden so gut wie keine Anwendung. Es wird nicht nur alles mit der Hand verrichtet, in den meisten Fällen ist nicht einmal auf sinnreiche Anordnung Wert gelegt. Der Farmer leidet bei seinem Tagewerk wohl ein dutzendmal eine wacklige Leiter hinauf und hinab. Er wird sich jahrelang mit Wasserblecken quälen, statt ein paar Meter Leitungsrohre zu legen. Gibt es einmal eine Extrararbeit, so hat er nur den einzigen Gedanken, Extrarbeitskräfte zu mieten. Geld in Verbesserung hineinzustecken, hält er für Verschwendung. Darum sind die Farmerprodukte, selbst bei den niedrigsten Preisen, doch immer noch viel zu teuer, der Gewinn des Farmers unter den günstigsten Verhältnissen zu gering. Kraftvergeudung, Zeitvergeudung sind es, die die Preise hoch und den Gewinn niedrig halten. Auf Fords eigener Farm wird alles mit Maschinen verrichtet. Doch obwohl der Verschwendung an vielen Ecken und Enden ein Riegel vorgeschoben ist, ist man noch immer von einer wirklich sparsamen Wirtschaft entfernt. Trotzdem werden zu jeder Zeit — gleichgültig was der Marktwert der Farmprodukte betrug — erflaßige Gewinne erzielt. Mangelhafte Kenntnisse der eigentlichen Vorgänge und des wahren Wesens seines Berufes, sowie der besten Art seiner Verrichtung sind die Gründe, die die Beschäftigung des Landmannes unrentabel machen. Der Farmer vertraut auf das Glück und seine Vorfahren. Er weiß nichts von einer rentablen Produktion und nichts vom Verkauf.

Es ist interessant, in welcher Richtung Ford für die Landwirtschaft brauchbare Maschinen zur Verfügung stellte. Es handelt sich um den Schlepper „Fordson“, eine Art Universalmaschine für alle möglichen Zwecke. Um den Schlepper neben seiner eigentlichen Funktion des Schleppens auch noch zu anderen Arbeiten verwenden zu können, haben wir ihn, schreibt Ford, so konstruiert, daß er gleichzeitig als stationärer Motor dienen kann, so daß er, wenn er nicht auf der Landstraße oder den Feldern ist, durch einen einfachen Treibriemen mit anderen Maschinen zusammengeköpelt werden kann. Er ist nicht nur zum Pflügen, Eggen, Säen und Ernten, sondern auch zum Dreschen, zum Betrieb von Korn-, Säge- und anderen Mühlen, zum Graben, Schneepflügen, ja zu allem verwendet worden, was eine mittelstarke Kraftquelle zu leisten vermag, vom Schaffieren u. angefangen bis zum Drucken einer Zeitung. Im Jahre 1921 erzeugte die Fordsche Fabrik eine Million Schlepper. Die ersten Schlepper wanderten im Jahre 1917 nach England, wo infolge der deutschen U-Boote eine Ernährungsnot drohte. Mit Hilfe von 5000 Schleppern, die innerhalb von 60 Tagen geliefert worden sind, wurden durch Frauen die alten Latifundien und Spielplätze Englands umgepflügt, ganz England bebaut und landwirtschaftlich kultiviert, ohne die Wehrmacht an der Front oder die Scharen in den Munitionsfabriken zu schwächen. Der Preis eines Schleppers wurde seitdem von 885 Dollars auf 395 herabgedrückt.

Ford meint, wichtig sei, daß der Preis niedrig bleibe, damit der Motor mit seiner Kraft zu sämtlichen Farmern vordringen kann, weil er dort gebraucht wird. In wenigen Jahren werde eine nur mit Menschen- und Pferdekräften betriebene Farm eine ebenso große Seltenheit sein wie eine durch eine Treitmühle betriebene Fabrik. Der Farmer muß sich entweder an den Kraftbetrieb gewöhnen oder seinen Beruf aufgeben. Eine vergessene Aufstellung der Betriebskosten zeigt, daß die Kosten des Pflügens mittels „Fordson“ um die Hälfte niedriger sind als mittels Pferden, wobei der Zeitfaktor noch gar nicht berücksichtigt ist. Das Pflügen wird in etwa ein Viertel der Zeit verrichtet und beansprucht an Körperkraft lediglich die Kraft, die zum Lenken des Schleppers gebraucht wird. Das Pflügen ist somit zu einer motorischen Fortbewegung übers Feld geworden.

Der Ackerbau alten Stils, schreibt Ford etwas drastisch, ist im Begriff, zu einer romantischen Erinnerung zu werden. Das will nicht besagen, daß es nun auf der Farm nichts mehr zu tun geben wird. Die Arbeit läßt sich ausleimen wirklich produktiven Leben ausschalten. Aber mechanisch betriebene Landwirtschaft bringt den Erfolg, daß läbliche, übermüdende Arbeit aus dem Farmerleben verschwindet. Die mechanisch betriebene Landwirtschaft nimmt dem Menschen die Last ab, um sie Stahl und Eisen aufzubürden. Die Landwirtschaft sollte etwas Besseres sein als ein ländlicher Beruf. Sie sollte zu einem Unternehmen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln werden. Wenn sie aber erst wirklich ein geschäftsmäßig betriebenes Unternehmen geworden ist, wird sich die tatsächliche Arbeit auf einer Durchschnittsfarm in 24 Tagen vom Jahr verrichten lassen. Die übrigen Tage wird man einem anderen Berufe widmen können.

Als Unternehmen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln wird die Landwirtschaft Lebensmittel in solchen Mengen und unter solchen Verhältnissen produzieren und zur Verteilung bringen, daß jede Familie genügend erhält, um ihren angemessenen Bedarf zu decken. Ja, es würde sogar keinen Lebensmittelmarkt mehr geben, wenn wir alle Arten von Nahrungsmitteln in solchen überwältigenden Mengen hervorbrächten, daß ihre Verköstigung und Ausbeutung unmöglich wäre. Der Farmer, der seine Produkte beschränkt, spielt den Spekulant direkt in die Hände. Dann werden wir vielleicht auch eine Auserziehung der kleineren Mühlenbetriebe erleben. Die organisierte Landwirtschaft wird solche Fortschritte machen, daß wir Farmergenossenschaften werden erleben sehen, mit eigenen Schlachthäusern, in denen ihre selbstgezeugenen Schweine zu

Die Deutschlandhilfe unserer Partei.

Zweiter Ausweis: 60.000 K. — Bish. im ganzen über 140.000 K.

Im Jänner veröffentlichten wir den ersten Ausweis der Beiträge, die bis dahin für die von der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei veranstaltete Deutschland-Hilfsaktion eingelaufen waren. Die Summe der für diesen Zweck bis zum Jänner aufgebrachtten Gelder betrug 80.000 K. Im nachstehenden veröffentlichen wir einen zweiten Ausweis, welcher sich auf über 60.000 K. beläuft.

Bezirksorganisation	Neutischheim	Kronen
"	Schludencan	446.—
"	Eibogen	149.—
"	Staab	81.—
"	Wintersberg	1.587.30
"	Gradlitz	113.—
"	Wies	1.250.20
"	Schludencan	53.—
"	Preßburg	559.—
"	Brünn	1.420.—
"	Vegethal	5.000.—
"	Bodenbach	81.—
"	Strobnitz	1.334.30
"	Gablons	20.—
"	Jägerndorf	1.057.—
"	Welpert	615.70
"	Saaz	7.—
"	Belitz	2.000.—
"	Wariensbad	2.089.10
"	Karlöbab	820.90
"	Hohenfurth	885.—
"	Grottau	58.—
"	Dug	105.—
"	Trautenau	2.762.20
"	Olmitz	2.000.—
"	Reudel	845.—
"	Willa	2.300.80
"	Kuffig-Land	838.—
"	Wilm.-Lelpa	705.50
"	Lepliz-Schönan	750.—
"	Wobersam	9.300.—
"	Landkron	373.50
"	Lepliz-Schönan	5.—
"	Kuffig	1.320.50
"	Pilsen	2.172.—
"	Pilsen	1.225.—

"	Kuffig	600.—
"	Karlöbab	340.—
"	Saiba	50.—
"	Dobryan	625.—
"	Eger	926.20
"	Prag	156.—
"	Gradlitz	101.—
"	Mähr.-Schönb.berg	12.—
"	Neuern	886.60
"	Freistadt	1.172.50
"	Witstheim	708.10
"	Lundenburg	1.274.20
"	Amosgrün	50.—
"	Prag	1.010.—
"	Bodenbach	1.173.70
"	Jägerndorf	59.80
"	Trautenau	284.20
"	Wilm.-Rammig	72.—
"	Wilm.	693.—
"	Landkron	10.—
"	Mähr.-Ostrau	500.—
"	Raaben	546.50
"	Karlöbab	272.—
"	Wobersam	351.50
"	Kuffig-Land	10.—
"	Bergreichenstein	40.—
Summa		60.807.40

Die in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben also bis heute mehr als 140.000 K für die Deutschlandhilfe aufgebracht, ein Betrag, der der Hilfsbereitschaft, Opferwilligkeit und Solidarität der Arbeiterpartei das rühmenswerteste Zeugnis ausstellt. Wir haben schon gelegentlich der Veröffentlichung des ersten Ausweises festgestellt, daß neben der Sammelaktion unserer Partei gleichzeitig und zum gleichen Zwecke noch die Sammlungen unserer Gewerkschaften und Genossenschaften, unserer Arbeiterturner, Jugendlichen und Kinderfreunde liefen. In Anbetracht dessen und bei Berücksichtigung der traurigen Lage, in der sich durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit das Proletariat der Sudetenländer befindet, ist das Sammlungsergebnis wahrhaft imposant.

Schinken und Speck verwandelt werden, mit eigenen Mühlen, in denen das selbstgezeugene Korn zum Mehl verarbeitet wird. Die Zentralisation der Lebensmittelindustrie ist mit enormen Transport- und Organisationskosten verbunden und viel zu unwirtschaftlich, um sich in einem hochentwickelten Gemeinwesen auf die Dauer halten zu können. Wir werden in den nächsten zwanzig Jahren in der Landwirtschaft eine ähnliche Entwicklung erleben, wie wir sie in den letzten zwanzig Jahren in der Industrie durchgemacht haben.

Das alles sagt Ford, der erfolgreiche Mann der Tat. Geben die von ihm ins Treffen geführten Argumente uns nicht sehr zu denken? Der Mann spricht nicht von Zollschutz und chinesischen Mauern, sondern von der Erleichterung der Landwirtschaft mit Hilfe motorischer Kraft, von einer Entlastung des vielgeplagten Landmannes. Ohne Zweifel wird sich die Entwicklung der amerikanischen Landwirtschaft in der von Ford gezeichneten Linie bewegen. Dann sehe unsere Landwirtschaft zu, wo sie bleibt! Auch wir müssen alles tun, um mit Hilfe der besten Errungenschaften neuzeitlicher Technik und Wissenschaft die Landwirtschaft auf eine möglichst hohe Stufe der Leistungsfähigkeit zu bringen. Was der Einzelne nicht vermag, erreicht die Organisation. Genossenschaften, welche sich bereits bei der gemeinsamen Verwendung von Motoren und Maschinen bewährt haben, sollten in großer Zahl geschaffen werden. Wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit Prof. Dr. S. Hirsch von der landwirtschaftlichen Hochschule in Teschen-Pietrow, welcher als Berichterstatter der wissenschaftlichen Abteilung der Geschäftsstelle für die deutsche Landwirtschaft erklärt: „Unter den Maßnahmen für die Hebung der Landwirtschaftstechnik ist in erster Linie die Forderung der Maschinenanwendung zu erblicken.“ Auf keinen Fall darf die Politik der Landwirte maßgebend sein, die ihre ganze Kraft auf die Preisgestaltung richten, die Produktionsförderung jedoch darüber aus dem Auge lassen. Sch.

Inland.

Ein nationalsozialistischer „Theoretiker“.

Herr Professor Theodor Wollschal, ein Nachkriegsgewinn der deutschen Nationalsozialisten, hielt vor einigen Tagen in Warnsdorf in einer nationalsozialistischen Versammlung einen Vortrag, über den das Blatt der Warnsdorfer Ausbeuter, die „Abwehr“ einen vier Spalten langen Bericht bringt. Daraus, wie das Kapitalistenblatt für ihn Reklame macht, wird der Herr Professor wohl schon sehen, was er für ein prächtiger „Sozialist“ ist. Der Herr Professor ist bei den Kapitalisten natürlich nur deswegen beliebt geworden, weil er die Sozialdemokratie bekämpft, weil er, wie die „Abwehr“ schreibt, „die Irrtümer des Marxismus“ erkennt, „die eine der Hauptursachen an unserem heutigen Elend bilden“. Nicht der Krieg also, der ungeheurer wirtschaftliche Zerstörungen im Gefolge gehabt hat, nicht die imperialistische Politik der Bourgeoisie, nicht der

Verfall der Nation, nicht die Ausbeutung des Arbeiters durch die Kapitalisten, die hinter der Warnsdorfer „Abwehr“ stehen und sich so königlich darüber freuen, wie der Herr Professor Wollschal gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu Felde zieht, sondern — nach dem Rezept der Herr und Hitler, nach der tiefgründigen politischen Weisheit Ludendorffs — der Marxismus ist es, der an allem Elend in der Welt schuld ist!

Dem Herrn Professor, der Zeit seines Lebens nie ein großer Politiker gewesen sei, fällt es natürlich nicht ein, die Politik der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei im einzelnen zu kritisieren. Mit solchen Kleinigkeiten gibt er sich nicht ab: er geht aufs ganze los und versucht die Marxisten ökonomische Lehren zu widerlegen. Wie er das tut, erweckt freilich den Anschein, als ob er die Marxisten Schriften niemals in der Hand gehabt hätte. So erzählt er beispielsweise, Marx und die Marxisten verzeihen angeblich, „daß nicht nur der Industriearbeiter, sondern alle Arbeiter, alle Schaffenden, von internationalen Bankkapital ausgebeutet werden“ und daß „die einseitige Einstellung des Marxismus gegen die Industrie... das Bankkapital immer mächtiger werden ließ“. Hätte Professor Wollschal Marx studiert und — verstanden, dann müßte er wissen, daß Marx in seinem ökonomischen Hauptwerk die Spaltung des Profits in Industrie- und Handelsprofit, Grundrente und Geldzins beschreibt und daß er in dem leider unvollendet gebliebenen Kapitel über den Klassenkampf es ausdrücklich als die Aufgabe des Proletariats hinstellt, den Kampf gegen das Industriekapital, Handelskapital, den Großgrundbesitz und das Geldkapital (Banken) zu führen. Die Nationalsozialisten tun sich in letzter Zeit darauf zugute, daß sie die Weisheit, die Arbeiterpartei müssen den Kampf gegen die Banken führen, entdeckt hätten, während die Theoretiker des Sozialismus schon seit dreiviertel Jahrhunderten die Notwendigkeit dieses Klassenkampfes gepredigt haben. Das bedeutende nationalökonomische Werk des wissenschaftlichen Sozialismus kurz vor dem Kriege, „Hilferding, Finanzkapital“, beschäftigt sich fast ausschließlich mit den Banken und dem modernen Effektenkapitalismus und Hilferding weist nach, daß die Finanzkapitalisten die mächtigste Schicht unter den Kapitalisten sind, daß im Finanzkapital alles Kapital zusammengefaßt erscheint und daß die Finanzkapitalisten die Führer der bestehenden Klassen im Kampfe gegen das Proletariat sind.

Es ist also nicht wahr, lächerlich und bezuglos nur die Unwissenheit des Herrn Professors, wenn er mit derartig kindischen Argumenten den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen will. Die Forderung der „Finanzkapitalisten“ die er mit seinen Besinnungsgegnossen als das Allheilmittel zur Lösung der sozialen Frage ansieht, hat sich bei ihm zur fixen Idee entwickelt. Vollends gibt sich der Herr Professor dem Fluch der Lächerlichkeit preis, wenn er glaubt, Marx fortzusetzen, verbessern und ausbauen zu können. Marx würde sich im Grabe aufbrechen, wenn er hörte, daß ihn ein Wollschal „fortsetzen und verbessern“ wolle.

Daß die Kapitalisten und ihre Presse dem Herrn Wollschal als Bekämpfer der Sozialdemokratie zustimmen, mag für ihn, der es sich einst aus Aufgabe ergibt, das Elend der Armen und Ent-

erben zu schildern, das Zeichen sein, wie weit er sich von den Idealen seiner Jugend entfernt hat. Die Klassenbewußte Arbeiterpartei wendet sich vor diesem Renegaten mit dem Gefühl ab, das man für Ueberläufer empfindet und in dem man noch bestärkt wird, wenn man die haarsträubende Unwissenheit des Herrn Professors in Bezug auf die Marxisten Schriften festgestellt hat. Herr Professor Wollschal möge zuerst Marx lesen, bevor er über ihn spricht.

Wie in Schlefien Gemeindevorstände „gemacht“ werden.

Die tschechischen Zeitungen führen lebhaft Klagen über den in Karpaten und Republika herrschenden Wahlterror; aber nicht nur in Karpaten und Republika, auch in anderen Gebieten der Republik „bewährt“ sich die tschechische Wahlmafia die bald größere Bekanntheit erlangen wird, als selbst die berüchtigten ungarischen Wahlkünste. Wie die Dinge im Bezirke Gultschin liegen, ist allgemein bekannt. Geradezu himmelschreiend skandalös sind aber die Verhältnisse in Olschlesien. Wie hier reinste Willkür und Terror tschechischer Nationaler Chauvinisten gegenüber der Bevölkerung und der Behörde walte, wird keinesgleichen in der Geschichte nur in den „galizischen Wahlen“ finden. Wir wollen die nackten Tatsachen sprechen lassen und aus einer Interpellation der Genossen J. J. Vell und P. P. Geiger einige Fälle anführen:

„Zu wenig Tschechen auf der Liste“.

In Roh wurden gegen die Wahlen wahrscheinlich beeinflussten Tschechoslowaken Einwendungen erhoben und als Begründung wurde angeführt, daß zu wenig Tschechen auf der Liste der Rechtsparteien aufgestellt wurden. Den politischen Parteien wurde vom Kommissar Dr. Nyba schon früher angedeutet, daß die neue Gemeindevorstellung ohne weiteres in ihr Amt eingesetzt wird, wenn mindestens zwei Polen zugunsten der Tschechen verzichten.

19jährige Mädchen wählen!

In Darsau sollten 50 Mitglieder in die Gemeindevorstellung gewählt werden. Kurz nach Beginn der Wahlaktion wurde konstatiert, daß in den Wählerverzeichnissen am Vortage der Wahlen Personen eingetragen worden sind. Da es sich um Tschechoslowaken handelte und der Vorsitzende nicht mitstimmen konnte, wurde entschieden, daß diese Personen wählen dürfen. Unter den namhaftlich eingetragenen Personen befanden sich auch 19jährige Mädchen. Dieser Beschluß wurde im Wahlprotokoll eingetragen. Damit diese Manipulation nicht auffällt, hat der gewesene Regierungskommissar die Eltern in einem Verzeichnis und die Söhne oder Töchter in ein anderes Verzeichnis eingeschrieben, damit sie bei zwei Kommissionen wählen.

Ein Gastwirt verliert die Konzeption, wenn er nicht tschechisch wählt!

Die gemäßigten Tschechen und die polnischen Parteien haben sich in Polnisch-Lentha verpflichtet bei der Wahl des Gemeindevorstandes eine andere Person, als den bisherigen Regierungskommissar zu wählen, nämlich einen gemessenen Legionär. Es wurde auch bestimmt, daß als erster Vertreter eine Person der polnischen Parteien und als zweiter Vertreter eine Person von den tschechischen Parteien gewählt wird. Als die chauvinistischen Tschechen das erfuhren, haben sie gegen die Wahlen den Rekurs eingebracht. Der Freistädter Bezirkshauptmann Dr. Gaering, hat sowohl den angehenden zukünftigen Gemeindevorsteher, als auch seinen zweiten Vertreter in sein Amt vorgeladen, wo sie beide im Beisein des Kommissars Dr. Nyba einzeln vernommen, beziehungsweise aufgefordert wurden, mit den polnischen Vertretern die Beziehungen abzubrechen, wobei er dem zweiten Vertreter, der ein Gastwirt ist, erklärte, daß er sonst die Konzeption verlieren wird, wenn er anders wählen sollte, als dies die dortigen Tschechen wünschen.

Gezeichnete Stimmzettel.

In Wismerdorf wurden die Wahlen unter einem unerhörten Terror durchgeführt. Es wurde denjenigen, die es wagen würden, für die polnische Liste zu stimmen, gedroht, daß sie entlassen werden, wenn die polnische Liste durchkommen sollte. Diese Drohung mußte von den abhängigen, dort in bedeutender Zahl wohnhaften Eisenbahnangestellten bescheuflieh ertragen werden. Außerdem wurden den Wählern gezeichnete Stimmzettel zugestellt wie zum Beispiel: manche Zettel waren mit Punkten bezeichnet, andere gelochert, noch andere mit der Gemeindeflammpille versehen usw., so daß viele Leute und besonders die Eisenbahner befürchteten, daß es sich herausstellen würde, wie seitens einzelner Personen gewählt wurde. Nicht genug daran, daß Stimmzettel bezeichnet waren, hat man auch die Kuberts bezeichnet, nämlich es gab reine Kuberts und Kuberts mit Tinte besetzt.

Die Forderungen der Pensionisten.

Eine am 11. März in Lepliz-Schönan abgehaltene außerordentliche Vollversammlung des Reichsverbandes deutscher staatlicher Ruhestandler, Witwen und Waisen wies einen zahlreichen Besuch auf. Den Vorsitz führte Oberlandesgerichtsrat Janisch, welcher die Versammlung auch eröffnete. Seine Ausführungen gipfelten in einer sachlichen Darstellung der heutigen Lage der Ruhestandler und er wies nach, daß es höchste Zeit sei, daß der großen Tragik des Ruhestandlerelendes endlich ein Ende bereitet werde und man die Ruhestandlerfrage einer gerechten Lösung, nämlich der Gleichstellung aller Pensionisten, zuführe. Er widerlegte die Ansichten des Herrn

Finanzminister, welcher die Gleichstellung der Pensionisten als ein Avancement im Ruhestande ansieht, während diese nur einen Akt der Gerechtigkeit, eine teilweise Entmachung eines jahrelang schuldlos ertragenen Unrechtes bedeuten würde. Abgeordneter Genosse Hirsch sagte namens des parlamentarischen Klubs unserer Partei vollste Unterstützung der gerechten Pensionistenfrage zu und forderte zu treuem Festhalten an der Organisation auf. Er versicherte, daß er sich voll und ganz dafür einsetzen werde, daß den Ruhestandlern eine gerechte Freizügigkeit hinsichtlich Reisen ins Ausland, wie sie alle übrigen Staatsbürger genießen, gewährt werde.

Am Schlusse der Tagung gelangten einige Resolutionen zur Annahme, in deren einer es heißt:

„Die Vertreter der Ruhestandlerorganisationen erheben schwere Klage gegen die bisherige Gliederung der staatlichen Ruhestandler in verschiedenartig verorgneten Gruppen und die ständige Verschlebung einer gerechten Regelung ihrer Existenzfrage. Darum verlangen sie, daß in der bevorstehenden Herbsttagung der Nationalversammlung eine Gleichstellung aller Gruppen Ruhestandler, Witwen und Waisen erfolge, und zwar in nachstehendem Sinne:

1. Erhöhung der ständigen Versorgungsgeldnisse der aus der Zeit vor dem 31. August 1919 stammenden Ruhestandler, deren Witwen und Waisen um 20 Prozent als Entschädigung für die ungerechte Verkürzung infolge Nichtdurchrechnung der Dienstzeit gegenüber den Pensionisten mit durchgerechneten Bezügen.

2. Allen vor dem 1. Jänner 1923 in den Ruhestand getretenen Staatspensionisten des Zivil- und Militärstandes, deren Witwen und Waisen einschließlich der in Punkt eins näher bezeichneten Altpensionisten, sind die gleichen Ruhegeldnisse auszuführen, wie es das Gesetz vom 20. Dezember 1922 für die Ruhestandler vorsieht, die nach dem 1. Jänner in den Ruhestand getreten sind, Erhöhung der ständigen Versorgungsgeldnisse aller aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1923 stammenden Ruhestandler um weitere 75 Prozent.

3. Die Zuerkennung gleich hoher Teuerungszulagen und Kinderzulagen unter den gleichen Bedingungen, wie bei den Staatsangestellten, die nach dem 1. Jänner 1923 in den Ruhestand getreten sind, beziehungsweise wie bei Hinterbliebenen nach solchen, an Stelle der bisherigen Teuerungszulagen und Zuschläge.

4. Unverzügliche Auszahlung der Unfallrenten ohne Einrechnung in die Pensionserhöhung oder Abrechnung von dieser.“

Ueber die Kriegsanleihe schreibt die „Reforma“: Die in Vorbereitung befindliche Novelle zum Kriegsanleihegesetz soll einige Erleichterungen für jene Kriegsanleihebesitzer bringen, deren Besitz an dieser Anleihe den Betrag von 20.000 Kronen nominale nicht übersteigt. Eine weitere Änderung des Gesetzes soll sich auf die Zahlung der Lombardschulden und auf die Bewertung der Kriegsanleihen bei Nachlässen beziehen. Wichtig wird die Bestimmung sein, mit welcher die Zeichnungsfrist nur auf ungefähr ein halbes Jahr vom Tage der Herausgabe der Novelle eingeschränkt wird. Die Regierung erwartet, daß mit der Herausgabe der Novelle zum Kriegsanleihegesetz endlich die verschiedenen Nachrichten, die über die volle Honorierung der Kriegsanleihe verbreitet sind, aufhören werden.

Ein tschechisch-deutsches Wahlübereinkommen. Wie der Budweiser „Republikan“ meldet, wurde in Sačehöf bei Budweis ein Wahlübereinkommen zwischen beiden Nationalitäten geschlossen, nach welchem die Deutschen sieben und die Tschechen fünf Mandate erhalten. Bürgermeister wird ein Deutscher sein, Stellvertreter ein Tscheche werden. Außerdem wird jede Nationalität einen Gemeinderat erhalten. Infolge dieses Übereinkommens werden die für den 16. März angeordneten Gemeindevahlen entfallen.

Hg. Haken soll des Mandates verlustig erklärt werden. Die Korruptionsaffären finden ihre Opfer nicht so sehr in den Reihen derer, die sich korumpieren lassen, sondern — ganz im Sinne der Ausführungen Schwelas im Abgeordnetenhaus — unter denen, die die Korruption bekämpfen. Der Abgeordnete Haken, der in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vor dem Sitz des Ministerpräsidenten Schwela eine Flasche mit Spiritus hinstellte, in deren Kork eine kleine Kauweiser Papierrolle eingesteckt war, soll wegen Verletzung der Staatsflagge des Mandates verlustig erklärt werden. Die Koalition will sich damit rächen und den Abgeordneten Haken wegen Vergehens gegen das Schutzgesetz dem Verichte ausliefern. Herr Tüsch überbleibt weiter Abgeordneter und Herr Prasek weiter Senator!

Ausland.

Der Prozeß gegen Zeigner.

Heute Freitag beginnt vor dem Leipziger Landgerichte der Prozeß gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, der angeklagt ist, zusammen mit dem ebenfalls angeklagten Schmied Möbius Begnadigungsgeschäfte abgewickelt zu haben. Der Fall Zeigner wurde von der reaktionären Presse im In- und Auslande gegen die im schweren Kampfe gegen die Militarität der Wehr stehen sächsische Sozialdemokratie ausgeschroten, und nichts illustriert besser die Absichten, die die bürgerliche Kampagne gegen Zeigner und die Partei begleiten, als die Tendenz, die der Affäre von ihrem Beginn an bis zur Durchführung des Prozesses anhaftet. Hier ein Beispiel:

Die Voruntersuchung gegen Dr. Zeigner und den Mitangeklagten Möbius ist unter der Sachbezeichnung „Dr. Zeigner und Genossen“ geführt worden. Dr. Zeigner ist ja auch der Hauptangeklagte. Es hätte nun angenommen werden müssen, daß nach ständiger Gewohnheit die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift unter der gleichen Sachbezeichnung einreicht. Es wäre dann die Angelegenheit vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Leipzig verhandelt worden. Die Staatsanwaltschaft hat aber nun auffälligerweise den Angeklagten Möbius als ersten in der Anklageschrift benannt und dadurch erreicht, daß nach der Geschäftsverteilung des Landgerichts das Hauptverfahren vor der sechsten Strafkammer eröffnet werden mußte. Dies Verhalten der Staatsanwaltschaft erscheint auffällig, wird aber erklärlich, wenn man folgendes erwägt:

Der Vorsitzende der sechsten Strafkammer, Landgerichtsdirektor v. Miaslowsh, ist Vorsitzungsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei in Leipzig und von Dr. Zeigner gemahregelt worden. Ein weiterer Beisitzer ist der Landgerichtsrat Dr. Störl, der von Dr. Zeigner ebenfalls gemahregelt wurde, weil er sich weigerte, das Bild des früheren deutschen Kaisers und des Kronprinzen aus seinem Dienstzimmer zu entfernen. Ein dritter Beisitzer ist der deutschvölkische Stadtverordnete Kandidat, Landgerichtsrat Raud, ein Mann, der sich nie gescheut hat, über Dr. Zeigner in der beleidigendsten Weise zu sprechen. Die Mehrheit des Gerichts kann also von vornherein als Dr. Zeigner nicht sympathisch gegenüberstehend bezeichnet werden. Der Oberstaatsanwalt Schlegel hat zweifellos von der politischen Gesinnung der drei genannten Richter Kenntnis. Interessant war auch das Verhalten des Landgerichtspräsidenten v. Weber: er ist Vorsitzender der ersten Strafkammer, die über die Eröffnung des Strafverfahrens gegen Dr. Zeigner zu entscheiden hatte; er pflegt aber dieses Amt das ganze Jahr niemals auszuüben. In der Angelegenheit Dr. Zeigner hat er aber nicht nur an dem Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt, sich vielmehr bereits vorher lebhaft für das Verfahren interessiert und sogar es für richtig erachtet, auf den Untersuchungsrichter eine Einwirkung vorzunehmen.

Wie man sieht — und man wird es zweifellos bei der zweitägigen Verhandlung noch deutlicher wahrnehmen — hat die radschraubende bürgerliche Regie für diesen Prozeß ganze Arbeit geleistet.

Der Völkerbund als Friedensrichter.

Antwort des juristischen Komitees.

Der Völkerbund beriet Mittwoch abends in geheimer Sitzung über die durch den Korfu-Konflikt aufgeworfene Frage der Zuständigkeit des Völkerbundes bei allen internationalen Konflikten. Trotz des strengen Geheimnisses, mit dem die Beratungen umgeben waren, kann darüber folgendes mitgeteilt werden: Die Debatte galt den Antworten, die der juristische Ausschuss auf die vom Völkerbunde vorgelegten fünf Fragen ausgearbeitet hat.

Die Antworten befragen folgendes:

1. Die Frage, ob der Völkerbund, wenn er bei einem Streitfall von einem Mitgliede des Völkerbundes angerufen wird, vor jeder Prüfung des Falles sich darüber entscheide, ob dieser Fall wirklich auf Grund des Artikels 15 des Statutes zu einem Bruche führen kann, wird verneint. Der Rat kann selbst jederzeit den Ernst des Falles würdigen und sein Vorgehen regeln.
2. Wenn bereits eine andere Lösung auf Grund eines Schiedsverfahrens oder gerichtlichen Verfahrens im Gange ist, hat der Rat die Prüfung des Streitfalles zu verweigern.
3. Andere Ausnahmen für die Zuständigkeit des Rates als die im Paktartikel 15, Absatz 8, vorgesehenen, sind nicht zuzulassen, vor allem nicht die üblichen Vorbehalte in den Schiedsverträgen. Es wird hier noch der Wunsch ausgesprochen, daß der Rat auf internationale Schiedsverträge und auf regionale Abkommen Rücksicht nehme.
4. Die Frage, ob Zwangsmahnahmen, die nicht als Kriegserklärungen gedacht sind, mit den Artikeln 12 und 15 vereinbar sind, wird dahin beantwortet, daß nach den Umständen und dem Charakter der betreffenden Mahnahmen der Rat selbst zu entscheiden habe, ob die Zwangsmahnahmen beizubehalten oder einzustellen sind.
5. Für die auf seinem Gebiete begangenen politischen Verbrechen trägt ein Staat nur dann die Verantwortung, wenn er nicht die notwendigen Vorbeugungs- und Strafmaßnahmen ergreift. Der öffentliche Charakter des Ausländers und die Umstände seines Aufenthaltes im Staatsgebiete machen jedoch dem betreffenden Staat erhöhte Wachsamkeit zur Pflicht.

Das englische Marinebudget.

London, 13. März. (M.) Heute vormittag wurde das Marinebudget für das kommende Jahr veröffentlicht. Der Erste Lord der Admiralität erklärte, daß einschließlich 1.800.000 Pfund für den Bau von fünf Kreuzern und zwei Torpedobootzerstörern, wie bereits im Parlament gemeldet wurde, das Gesamtbudget sich auf 55.800.000 Pfund beläuft, also um 2.200.000 Pfund weniger als das Budget für das heurige Jahr betragen hat.

Rahr im Kreuzfeuer.

Beinliche Fragen. — Reden ist Hochverrat, Schweigen ist ungefährlich.

München, 13. März. (Eigenbericht.) Heute wurde das Kreuzverhör mit Rahr fortgesetzt. Rahr legte sich gegenüber der Verteidigung, die Rahr nicht als Zeugen, sondern als Angeklagten behandeln möchte, eine eigentümliche Taktik und Weisheit bei seiner Verteidigung zurecht. Er schweigt, er kann sich nicht erinnern; er behauptet, daß diese oder jene Vorgänge, nach denen er gefragt wird, nicht unmittelbar mit den Ereignissen des 9. November zusammenhängen; er beruft sich auf sein Amtsgeheimnis und gibt unklare und ausweichende Antworten. Die Verteidigung Hitlers und Ludendorffs verfolgt Rahr gegenüber die Taktik, nachzuweisen, daß Rahr's Politik der Errichtung eines Direktoriums sich in nichts von den Plänen des Kampfbundes unterscheidet.

Während Rahr seine Pläne der Gründung eines Direktoriums als durchaus harmlos hinstellt und davon spricht, daß der Druck auf Berlin auf durchaus „legalem Wege“ hätte vor sich

gehen sollen, sucht die Verteidigung nachzuweisen, daß nach einer informativen Reise, die der Oberst der Landespolizei von Seißer nach Berlin unternommen habe, eine Schwankung in Rahr's Haltung eingetreten sei, und daß Rahr über seine beabsichtigte Schwertung loyaler Weise Hitler und seine Freunde nicht benachrichtigt habe, weil man in Berlin erklärt habe, man müsse Hitler und Ludendorff unbedingt abhüteln. Rahr versteht es glänzend, sich über alle klüglichen Fragen hinwegzusetzen oder auszuweichen und man hat letzten Endes den Eindruck, daß in diesem Kampfe zwischen der Verteidigung und Rahr, wenn auch nicht im moralischen, so doch im prozessualen Sinne Rahr der Ueberlegene bleibt.

Morgen wird das Kreuzverhör mit Loffow und Seißer wieder aufgenommen; der Vorsitzende hofft, morgen oder übermorgen mit der Beweisaufnahme abzuschließen zu können.

Die Mittwoch-Verhandlung.

Zu unserem Bericht über die Mittwoch-Verhandlung, die die Einvernahme Seißers und das Kreuzverhör mit Rahr brachte, sind noch einzelne Gerichtsepisoden nachzutragen:

In der Vormittagssitzung nahmen nach einer Pause die Angeklagten Dr. Weber, Hitler, Böhner und Ludendorff Stellung zu den Aussagen des Obersten Seißer. Sie erklärten, daß die Behauptungen des Zeugen, soweit sie sich auf ihre Person beziehen, unwahr seien. Darüber kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden, dem Staatsanwalt und dem Verteidiger Roder, der schließlich durch gegenseitige Erklärungen geschlichtet wird. Die Frage, ob die Verurteilung am 6. November in öffentlicher Sitzung besprochen werden soll, wird durch Gerichtsbeschluss dahin entschieden, daß für die weitere Vernehmung Seißers die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, und daß in geschlossener Sitzung darüber zu verhandeln ist, wie weit die Besprechung der Zusammenkunft vom 6. November in öffentlicher Sitzung erfolgen kann.

Nachmittags wurde nach Verlesung eines Schreibens des Wehrkreiscommandos, das sich auf eine Aeußerung der Verteidigung bei Schluß der Vernehmung des Generals Loffow bezieht, vom Rechtsanwalt Gademann die Frage gestellt, ob der Staatsanwaltschaft die Adresse des Kapitän Ehrhardt bekannt sei. Der Vorsitzende antwortet, indem er die ihm unterdessen bekanntgewordene Adresse Ehrhardts mitteilt.

Dann wird neuerdings der Zeuge Rahr vernommen. Er verliest einen an den Vorsitzenden gerichteten Brief, der Richtigstellungen einiger Bemerkungen der Verteidiger in der gestrigen Verhandlung enthält. Rahr ist heute im Auftreten sicherer und auch in seinen Antworten glücklicher, wenn er auch ungewissen Fragestellungen durch Hinweis auf das Verjagen der Erinnerung oder durch Weigerung der Beantwortung ausweicht. Rechtsanwalt Pohl weist auf eine Rede hin, die der Mitarbeiter Rahr's, Baron Wess, am 20. Oktober bei einem Feste der Korps „Bavaria“ gehalten hat und in der er seltsame Dinge im Namen und im Auftrage des Generalkommandos sagte. Er sagte unter anderem: Rahr stehe mit der Lunte vor dem Pulvertafel. Der Bruch zwischen Bayern und Berlin sei heute erfolgt, und man sei froh darüber. Es hieß nicht Los von Berlin, sondern: Auf nach Berlin. Bayern sei von Berlin seit zwei Monaten in unerhörter Weise betrogen worden, was nicht anders möglich sei bei einer Judenregierung, an deren Spitze ein „Matragnen-Ingenieur“ (momit Präsident Ebert gemeint ist) stehe. Dem Reichsarbeitsminister Brauns, der nach München geschickt worden sei, um zu vermitteln, habe Ministerpräsident Knilling die Tür gezeigt. Wir haben keinen Anlaß, hieß es weiter, Ehrhardt zu verhaften; auch die Erzberger-Mörder konnten ruhig ihrem Beruf nachgehen, und dergleichen mehr. Rahr erklärt, er habe keinen Auftrag gegeben, eine solche Rede zu halten. Sie sei vielleicht eine Fälschung, jedenfalls wolle er sich diesen Zufaß nicht zuigen machen. Die Frage, ob Rahr im Jahre 1922 auf der Burg Hoheneck geäußert habe, die Jesuiten seien seine treuesten und tüchtigsten Mitarbeiter, läßt der Vorsitzende nicht zu. Als darauf wieder Unruhe im Zuhörerraum entsteht, verbittet sich der Vorsitzende schließlich sehr energisch die Störung.

Rechtsanwalt Pohl erklärt, daß am 9. November vormittags Loffow zu ihm und zwei anderen Herren gesagt habe: „Wir wollten ja den Staatsstreik machen, lediglich über die Zeit des Vosschlagens waren wir nicht einig.“ Rahr erwidert, wenn diese Erklärung in dem Sinne einer militärischen Aktion gedacht sein sollte, was er für ausgeschlossen halte, könnte er sie nicht decken. Es folgt sodann eine Reihe von Fragen der Verteidigung darüber, wie sich Rahr den Druck auf den Reichspräsidenten hinsichtlich des Direktoriums gedacht habe und wie die Sache geplant gewesen sei, wenn Ebert auf solche Pläne überhaupt nicht eingehen würde. Rahr stellt fest, daß man gehofft habe, es werde gelingen, das Direktorium auf legalen Wege über den Artikel 48 der Reichsverfassung zu erreichen. Es sei für ihn außer Zweifel gewesen, daß eine der-

München, 13. März. Das Verhör mit Rahr wurde heute fortgesetzt und spät nachmittags zu Ende geführt. Auf Wunsch der Verteidigung wurde aber der Zeuge noch nicht endgültig entlassen.

Rechtsanwalt Gademann fragt: Hatten Sie Kenntnis, daß zur Schaffung Ihres Direktoriums auch in Norddeutschland mit vaterländischen Verbänden verhandelt wurde und daß im Verlaufe die Verhandlungen von dem Befehlshaber der Reichswehr, General Seect zugesichert wurde, daß die Reichswehr auf die Verbände nicht schießen werde? Rahr: Das kann ich nicht wissen. Gademann: Hat Loffow in der Sitzung vom 6. November nicht davon gesprochen, er wolle selbst nach Berlin marschieren, er mache jeden Staatsstreik mit, wenn die Sache einigermaßen aussichtsreich sei. Das steht wörtlich in dem Stenogramm, das ich über diese Sitzung besitze? Rahr: Ich halte es für ausgeschlossen, daß Loffow von einem seiner Anführer nach als Uding zu bezeichnenden Marsche nach Berlin gesprochen hat.

Hitler: War der Anlaß der Sitzung am 6. November nicht angeblid, der, zu verhindern, daß der Staatsstreik durchkreuzt werde, den Sie, Loffow und Seißer in Aussicht genommen hatten? Rahr: Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück, daß wir einen Staatsstreik in dem Sinne geplant hätten. Wenn wir das vorgehabt hätten, so hätten wir uns mit den Leuten zusammengesetzt und fragen müssen, wie man eine solche Sache macht. Hitler: Haben wir uns denn nicht zusammengesetzt, um über die Dinge, die die Voraussetzungen zu dem Unternehmen schaffen sollten, zu beraten? Rahr: Das ist mit nicht bekannt. Ich halte es für ausgeschlossen, weil mir Loffow und Seißer Mitteilung gemacht hätten. Vorsitzender: Dieser Komplex ist damit vollständig geklärt. Rechtsanwalt Bauer: Ist es richtig, daß Rahr in der Nacht vom 8. zum 9. November den Konsularvertreter eines auswärtigen Staates empfangen hat, der ihn bat, ihm die Möglichkeit zu geben, an seine Regierung von der Ausrufung der nationalen Diktatur telegraphisch Mitteilung zu machen? Ist es richtig, daß der Zeuge diesem Vertreter riet, an die nächste bayerische Grenzstation zu fahren und von dort aus zu beschleunigen? Rahr: Ich kann mich nicht erinnern, daß ein Konsularvertreter bei mir gewesen ist.

Rechtsanwalt Röder: Wurde der Zeuge in der Nacht von irgend einem Herrn zu seiner neuen Stellung beglückwünscht und hat er diesen Glückwunsch widerspruchslos entgegengenommen? Rahr: Es war kein Anlaß, mich zu beglückwünschen. Röder: Der Glückwunschbringer soll der Vertreter der italienischen Regierung gewesen sein. Rahr: Ich würde mich in diesem Augenblicke, wo die Sache so stand, gehütet haben, irgend einem Fremden zu sagen, wie die Dinge wirklich lagen.

Nachdem Rechtsanwalt Schramm an den Zeugen einige Fragen wegen des Gesinnungsumschwunges gestellt hatte, sagte der Vorsitzende: Aus diesen Erörterungen geht hervor, daß sich der Kampfbund schon vor dem 8. November darüber im Klaren war, daß Rahr, Loffow und Seißer nicht mehr an einen Marsch nach Berlin dachten. Von diesem Zeitpunkte an wußte man also, daß die Herren von einem Marsche nach Berlin nichts mehr wissen wollten.

Hitler: Ich hatte nach der Entwicklung der Dinge die Ueberzeugung, daß entweder Loffow selbst den Weg beschreiten werde, oder daß ein Direktorium Minour-Gahl kommen soll. Eine solche Einstellung hätte ich für das größte Unglück für Deutschland angesehen. Das schien mir ein solcher Akt zu sein, daß ich mir sagen mußte, jetzt muß man dafür sorgen, daß der ursprüngliche Plan zur Durchführung kommt.

Vorsitzender: Das wollten wir ja gerade wissen.

Röder: Hat Rahr auch heute noch die Auffassung, daß Hitler ihm gegenüber sein Ehrenwort gebrochen hat?

Hitler: Ich verzichte auf jede Ehrenklärung von Rahr. Rahr: Ich habe hier auch keine Ehrenklärung abzugeben, sondern nur über Tatsachen zu berichten.

Hierauf wurde die Sitzung auf Freitag vormittag verlag.

artige Umwandlung der Reichsregierung einen Rückschlag auf die preussische Regierung haben würde. Was geplant gewesen war, sei als legale Aktion gedacht gewesen.

Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge, es sei richtig, daß ihm von General v. Seeckt militärische Hilfe angeboten worden sei. Er habe aber dafür gedankt, weil er diese Hilfe nicht benötigt habe. Die Frage der Verteidigung, wie der Druck auf die maßgebenden Faktoren ausgeführt werden sollte, beantwortet Rahr dahin, daß in dieser Zeit der politischen Meinungsverschiedenheiten und der großen Erregung im Norden Verhandlungen geführt worden seien und daß in diesen Verhandlungen die Landwirtschaft und die Industrie eine große Rolle gespielt hätten. Daß am 5. November Ehrhardt in das Generalsstaatskommissariat gerufen worden wäre und daß erklärt worden sei, das, was wir bisher beabsichtigten, finde nun nicht mehr statt, hält Rahr für ausgeschlossen. Andere Fragen verneint Rahr als an die falsche Adresse gerichtet. Man müsse sie an Loffow stellen oder es handle sich um Rechtsfragen, die nicht am Platz wären.

Dann kommt es zu einer etwas akademischen Auseinandersetzung zwischen Pöhner und Rahr, die sich auf die angeblich beabsichtigte Bestellung Pöhners zum Zivilgouverneur in Sachsen und Thüringen bezieht. Es soll festgestellt werden, wie Rahr dazu gekommen sei eine derartige Ernennung zu beabsichtigen, die außerhalb seiner Machtspäre lag. Sie findet schließlich eine Erklärung dadurch, daß Rahr nicht an einen Zivilgouverneur, sondern an einen Zivilkommissar gedacht haben will. Mit dem Reiche ist darüber natürlich nicht verhandelt worden. Rechtsanwält Schrämmer weist darauf hin, daß die Reichsregierung, die ja Pöhners politische Ansichten kannte, diesen gewiß nicht in einer solchen Stellung bestellend hätte.

Das Gericht beschäftigt sich dann mit der Person des Kapitäns Ehrhardt, dessen Verbindung als Leiter der gegen Sachsen und Thüringen herangezogenen Kampfgruppen der Reichsregierung natürlich auch nicht genehm wäre, so daß die Tatsache, daß Rahr an diesen Mann gedacht hatte, der Verteidigung zu beweisen scheint, daß Rahr nicht mit, sondern gegen die Reichsregierung vorgehen wollte.

Ein abgelegter Rechtsputz.

München, 13. März. Die sozialistische „Münchener Post“ teilt zu den Verhandlungen im Dillerprozeß mit, daß im November des Vorjahres auch in Würtemberg ein Umsturz geplant war. Die Leitung des Umsturzes befand sich in den Händen rechtsstehender Offiziere und deutschnationaler Politiker. Es wurde ein Aktionsausschuß eingesetzt, in dem Nationalsozialisten, der „Bund nationaler Soldaten“, der „Völkische Schutz- und Truhbund“ vertreten waren. Es sollte unter Beibehaltung des demokratischen Staatspräsidenten Hieber dem Lande eine Rechtsregierung aufoktroiert werden. Als aber Ende Oktober 1923 aus München mitgeteilt wurde, daß man auf's Ganze gehen wolle, setzte man das Ziel weiter und wollte unter Ausschaltung des katholischen Thronanwärter Herzog Albrecht v. Urach ein protestantisches Königtum auf Grund einer Rechtsdiatur aufrichten. Durch das Scheitern des Putzes in München gelangte dieser Plan nicht zur Ausführung.

Telegramme.

Balastrevolte in der Stresemann-Partei.

Berlin, 13. März. (Eigenbericht.) Der bevorstehende Wahlkampf macht sich durch scharfe innerparteiliche Auseinandersetzungen bemerkbar. Der rechte Flügel der Volkspartei holt zu einem erneuten energischen Vorstoß gegen die Stresemannsche Parteileitung und gegen die Koalitionspolitik aus, die Stresemann mit der Sozialdemokratie in der Vergangenheit betrieben hat und für die Zukunft noch immer als wichtig ansieht. Die rechtsstehenden Mitglieder der Volkspartei, unter ihnen zweifellos der nach außen nicht hervorgetretene Hugo Stinnes, werden zu ihrem Vorstoß offenbar geleitet aus der Befürchtung heraus, daß sie bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahlen übergangen werden könnten. So wurden in Leipzig Freiherr von Lercher und Marekly nicht wieder aufgestellt; auch Quack und anderen Führern scheint ein ähnliches Schicksal bevorzustehen. Die Abgeordneten des rechten Flügels haben durch die schwindende Telegaphemunion mitteilen lassen, daß sich innerhalb der Volkspartei eine „national-liberale Vereinigung“ gründen will. Diese neue Vereinigung will alle Parteimitglieder um sich sammeln, die in nationalpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht an den Grundsätzen der alten nationalliberalen Partei festhalten wollen. Insbesondere soll die Politik des linken Flügels der Volkspartei bekämpft und auf die Einstellung der Partei in der Richtung einer straffnationalen antimarxistischen Politik hingearbeitet werden.

Macdonald in der Minderheit.

London, 13. März. Die Regierung hat im Unterhaus einen Antrag eingebracht, die Sitzung bis nach 11 Uhr abends auszudehnen, um das Seeresbudget zu beraten. Der Antrag ist mit 234 gegen 207 Stimmen abgelehnt worden. Neunter zufolge wird diese parlamentarische Niederlage nicht den Rücktritt des Kabinettes zur Folge haben.

Paul Ehrlich.*)

Der Erfinder des Salvarsans.

Paul Ehrlich wurde am 14. März 1854 in Strehlen bei Breslau geboren. Die Mittelschule besuchte er in Breslau, seine Hochschulstudien, die er dort begann, setzte er in Straßburg, Freiburg und Leipzig fort. Im Jahre 1878 zum Dr. Med. in Leipzig promoviert, arbeitete er zuerst an der königlichen Charité in Berlin. 1884 wurde ihm der Professortitel verliehen als erstem Arzt, der dem Lehrkörper nicht angehörte. 1887 habilitierte er sich als Privatdozent für innere Medizin an der Berliner Universität und nach Ausheilung einer Lungentuberkulose, die er sich bei seinen Laboratoriumsarbeiten zugezogen hatte, richtete er sich aus eigenen sehr bescheidenen Mitteln ein kleines Laboratorium in einer Mietwohnung in der Steglitzer Straße in Berlin ein. In diesem Privatlaboratorium entstanden seine grundlegenden Arbeiten über Immunität gegen Pflanzengifte und über Vererbung der Immunität. Im Jahre 1890 wurde er von Robert Koch zur Leitung einer kleinen Abteilung im Roobier Krankenhaus herangezogen; dort hatte er auch ein kleines Laboratorium, in dem er arbeiten konnte. Erst der damalige Leiter des preussischen Hochschulwesens, Althoff, verschaffte ihm durch Gründung eines königlichen Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt eine würdige Arbeitsstätte, so daß Ehrlich 1899 dorthin übersiedeln konnte. Im Jahre 1908 wurde ihm auch die Leitung des Georg Speyer-Hauses für Chemotherapie übertragen. In diesen Arbeitsstätten in Frankfurt konnte er nun seine schon früher begonnenen Arbeiten ausbauen, die schließlich durch die Erfindung des Salvarsans gekrönt wurden. Als die Frankfurter Universität errichtet wurde, wurde er ordentliches Mitglied der medizinischen Fakultät. Im Jahre 1904 wurde er ordentlicher Honorarprofessor der Universität Göttingen und Ehren doktor von Chicago, 1907 Ehrendoktor von Oxford, 1909 erhielt er den Nobelpreis und 1911 den Titel Excellenz. Am 20. August 1915 starb er und hinterließ eine ganze Menge wertvollster Arbeiten, die für die Medizin von dauerndem Werte geblieben sind.

Selten hat wohl ein Wissenschaftler schon in jungen Jahren sein Arbeitsgebiet gefunden und so zielbewußt ausgebaut wie Ehrlich. Schon mit 22 Jahren (1876) veröffentlichte er die Resultate farbenanalytischer Studien, die Entdeckung der von ihm sogenannten „Majestellen“, in denen er besonders farbige Körnchen nachwies. Dadurch legte er den Grundstein zu seinen folgenden Arbeiten über die Beschaffenheit des Blutes, durch die es erst möglich wurde, die verschiedenen Blutkrankheiten genau zu unterscheiden. Er erfand die Färbung des Blutrotenpräparates mit verschiedenen Farbstoffen und konnte unter den weißen Blutkörperchen zwei Gruppen unterscheiden, denen er verschiedene Funktionen zuschrieb, die eine (Lymphozyten) besteht aus nur wenig aktiv beweglichen Zellen, die andere aus den sogenannten Leukozyten, die eine aktive Rolle spielen. Infolge dieser seiner Studien konnten erst die Blutkrankheiten (Leukämie) genau studiert und in der Diagnose sichergestellt werden. Seine Untersuchungen über die Herkunft und Eigenschaften der roten Blutkörperchen führten zur Diagnose der Anämie (Blutarmut), die er auf Beeinflussung des Knochenmarkes durch irgend welche Gifte zurückführte. Er selbst konnte dann auch als erster eine bisher unbekannte Form schwerer Anämie (die sogenannte „aplastische Anämie“) beschreiben. Im Jahre 1885 sah er seine Versuche in einer Arbeit: „Das Sauerstoffbedürfnis des Organismus“ zusammen, die für die späteren Forschungen bahnbrechend wurde. Auf Ehrlich geht auch die Einführung der Methode der „vitalen Färbung“ zurück, der sie selbst bei seinen Forschungen reichlich benützte und damit an der lebenden Zelle Beobachtungen ermöglichte. Im Jahre 1882 fand er eine Harnprobe, „Diazoreaktion“, die besonders bei Baudisthphus, Malaria und Miliariertuberkulose zu beobachten und für die Diagnose und Prognose der Krankheiten sehr wichtig ist.

Unvergängliche Verdienste erwarb sich Ehrlich in der Immunitätsforschung durch Einführung seiner Seitenkettentheorie. Zwischen Substanz und Zelle bestehen eigenartige Beziehungen, so daß Farbstoffe, Toxine (Gifstoffe), Fermente sich nur mit ganz bestimmten Zellarten verbinden, für andere aber indifferent sind. Nach Ehrlich kann dies nur davon herrühren, daß das Protoplasmaelement (Einheit der lebenden Stoffsubstanz) dieser Zellen eine Atomgruppe, das heißt eine Seitenkette besitzt, mit welcher die körperfremde Substanz sich chemisch verbinden kann. Diese Verbindung oder Verankerung beider Gruppen muß so ineinander passen, wie der Schlüssel ins Schloß. Diese Theorie hat sich für den Ausbau der Immunitätsforschung auch äußerst fruchtbringend erwiesen, wenn sie auch nicht ohne Widerspruch blieb. So zum Beispiel beruht die Serodiagnostik der Syphilis und anderer Infektionskrankheiten zum Teil auf dieser Theorie.

Auch in der Krebsforschung hat sich Ehrlich betätigt, indem er seine Methode auf dieses neue Gebiet übertrug; es gelang ihm auch die Ueberimpfung von Geschwülsten auf Tiere zu verbessern und dadurch mehr Forschungsmaterial zu gewinnen.

Alle seine Arbeiten konnten ihn aber seinem Hauptziele, der Chemotherapie, nicht entfremden. Zielbewußt arbeitete er wie kaum je ein Forscher daran, chemische Stoffe zusammenzustellen, welche auf die Krankheitserreger möglichst stark einwirken sollen, ohne dabei den von ihnen befallenen Organismus zu schädigen. Eine orga-

*) Nach der Biographie von Adolf Lazarus, Nikola-Verlag, 1922.

nische Arsenverbindung, das Atorpl, welches schon von anderen Forschern in den Arzneischaf eingeführt wurde, wurde für Ehrlich der Ausgangspunkt einer ganzen Reihe von Präparaten, die ihn dem Ziele, ein Mittel gegen Syphilis zu finden, näher bringen sollten. Immer und immer wieder änderte er etwas an der chemischen Struktur seines Mittels, machte unzählige Tierversuche, um die Giftigkeit gegenüber dem Organismus herabzusetzen, dagegen die bakterienstörende Wirkung zu erhöhen.

Nach langen Versuchen, die vom Arsenophenylglyzin (Nr. 418) bis zum Präparate 606, später Salvarsan genannt, führten, war endlich das vorläufige Ziel erreicht, nach dem er Jahrzehnte lang gestrebt hatte. Er hatte in mühseliger Laboratoriumsarbeit ein Präparat hergestellt, welches beruht auf einer der gefährlichsten Volksfeinden radikal zu bekämpfen. Was auch der Traum Ehrlichs, mit einer einzigen Injektion die Syphilis zu heilen (die sogenannte Therapie sterilis magna) noch nicht verwirklicht sein, jedenfalls hat er durch die Schaffung dieses Mittels der Medizin eines der besten und wirksamsten Mittel gegen Syphilis in die Hand gegeben.

Die völlige Hingabe an die Wissenschaft brachte es mit sich, daß Ehrlich für außerhalb dieses Gebietes liegende Dinge absolut kein Verständnis hatte. Kunst, Poesie, Musik, Politik spielten in seinem Leben keine Rolle, dagegen las er gerne Kriminalromane und Detektivgeschichten und hörte mit Vergnügen leichte Musik. Dabei war er von ungeheurer Arbeitskraft und Ausdauer, die ihn die Sorge um sein eigenes Wohl völlig vergessen ließ. Und so kam es, daß er, 61 Jahre alt, verschied, weil er seine Kräfte schonungslos im Interesse der Wissenschaft und im Interesse der Menschheit vergeudet hatte.

Devilskurje.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 St.	Dollar 2.80,75
Paris 100	Schweiz. Franc 16.75,00
Berlin 1	Mark 122.500.000,000/00
Wien 1	Österr. Kronen 2.056,00

Prager Kurje am 13. März.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1913,00	1819,00
1 Döflon Franc	7,93,50	8,13,50
100 belg. Francs	127,75,00	129,25,00
100 schweiz. Franc	611,50,00	614,50,00
1 Pfund Sterling	150,55,00	151,95,00
100 Lire	159,50,00	152,00,00
1 Dollar	35,10,00	35,40,00
100 iranz. Francs	152,25,00	153,75,00
100 Dinar	43,62,50	44,12,50
10,000 magrar. Kronen	5,00,00	5,50,00
1.000.000 poin. Mark.	3,35,00	4,15,00
10.000 österr. Kronen	4,95,00	5,15,00

Tages-Neuigkeiten.

Authentische Berichterstattung.

In Karpathoruhland finden in der nächsten Zeit Wahlen statt. Eine Wahlkampagne sondergleichen hat, wir wir zu berichten schon Gelegenheit hatten, in diesem östlichsten Teil der Republik eingesetzt, die sich um die neun Mandate bewerbenden elf Parteien versuchen mit allen erlaubten und — noch mehr — unerlaubten Mitteln die zu 90 Prozent aus Analphabeten bestehende Bevölkerung für sich zu gewinnen. In Karpathoruhland „geht also etwas vor“, wenn auch diese Ereignisse einen sehr scandalösen Beigeschmack haben. Grund genug, daß — schon wegen der „lieben Juden“ — das „Prager Tagblatt“ seinen Sonderberichterstatter hinschickt, der sich allerdings wenigstens bemüht, objektiv zu berichten. So schreibt er unter anderem:

... Ein sozialdemokratischer Kandidat, mit dem ich sprach, erzählte mir freudig, wie viel ihm begierde, wie viel natürliche Klugheit er unter den Bewohnern der vergessenen Bergdörfer gefunden habe, zu denen seit Jahrzehnten kein Strahl menschlicher Kultur gedrungen ist. Diese menschliche Aeußerung war mir ein schönes Erlebnis. Ich fühlte: hier sprach nicht der Kandidat, sondern der redliche Lehrer, der Erzieher. Andere Parteien freilich machen es sich leichter. Sie lassen die Felder vermessen und versprechen schon jedem Bauer ein bestimmtes Stück. Sie nehmen den armen Leuten auch Maß für ein neues Paar Stiefel und fordern sie auf, nach dem Wahltag in die Kreisstadt zu kommen, wo jeder seine Stiefel finden werde...

Der Sonderberichterstatter der „Bohemia“ — die alte Tante „Bohemia“ darf doch ihrem Konkurrenten am Platze nicht nachstehen und sonderberichterstatter auch — sieht die Wahlkampagne in Karpathoruhland durch eine andere Brille. Er weiß ja, was die sozialistenfeindliche alte Tante ihren Lesern schuldig ist. Zuerst stellt er aber fest: Schließlich fehlt auch der Humor nicht: Bei den Vorversammlungen der Agrarpartei erscheint ein Vermesser. Nach der Versammlung geht es auf die Felder des Großgrundbesitzes und die Bauern werden aufgefordert, zu sagen, welche Felder sie sich wünschen. Der Vermesser schlägt vier Pföde ein und den Bauern wird versprochen, daß ihm, wenn er agrarisch wählt, das Feld zugeteilt werden wird — am 17. März.

Das gleiche teilt ja auch der Berichterstatter des „Tagblatt“ mit. Doch während dieser von den Sozialdemokraten behauptet, daß ihre Kandidaten eher als redliche Lehrer und Erzieher auftreten denn als bloße Wahlwerber, weiß es der „Bohemia“-Mann anders: Die sozialdemokratische Skopie sieht so aus: Der Versammlung assistiert ein Mann mit einem Holstock und nimmt allen Versammlungsteilnehmern Maß zu Schuhen. Wer sozialdemokratisch gewählt hat, soll sich die

Schuhe im Sekretariat abholen — ebenfalls am 17. März.

Denn am 16. März ist der Wahltag! Nach dem Bericht des „Tagblatt“ nehmen den armen Leuten nicht sozialistische Parteien Maß für neue Schuhe, während die „Bohemia“ diese Art der Beeinflussung der Wähler den Sozialdemokraten zur Last legt. Beide Blätter haben nach Karpathoruhland Sonderberichterstatter geschickt. Die Gegenüberstellung ihrer Berichte beweist, wie authentisch diese sind. Auf die Berichterstattung der die Sozialdemokraten hassenden „Bohemia“ kann sich allerdings jeder noch einen eigenen Reim machen.

Elektrifizierung in Polen. Warschauer Blättermeldungen zufolge hat eine französische Bankgruppe mit der Banque de France et de Pays Bas an der Spitze, ein Konsortium zur Elektrifizierung Polens gebildet. Das Konsortium soll zu diesem Zwecke vier Millionen Dollars bestimmt haben. Noch im Laufe des Jahres wird an den Bau einer elektrischen Bahn zwischen Krakau und Kattowich geschritten. Das Konsortium soll ferner die Wasserkrafts des Landes ausnützen und im Bereiche der Warschauer Eisenbahndirektion in den nächsten Jahren elektrische Bahnen bauen.

Ein stowakischer Dorfrichter zu Tode geprügelt. In der Kreisstadt Bilag bei Mezlaborce (Ostslowakei) hatte sich der Dorfrichter durch seine strenge Amtsführung viele Feinde zugezogen. Diese Feindschaften blieben auch, als er schon das Amt niedergelegt hatte. Dieser Tage war nun der gewesene Dorfrichter mit seinen Söhnen in das Gasthaus gegangen, das er allein verließ. Auf der Straße wurde er von mehreren Männern überfallen und mit Stöcken zu Tode geprügelt. Als einer seiner Söhne ihn fand, hatte er schon das Bewußtsein verloren und starb kurz darauf, ohne seine Mörder angeben zu können.

Ein Schülermord? Seit Juli 1923 wird der dreizehnjährige Schüler Ulrich Bezraza, der Sohn eines Bergmannes aus Schlan, vermisst. Die damaligen Nachforschungen ergaben, daß sich der Schüler in Gesellschaft der Brüder Jaroslaw und Wenzel Hasman aus Mohnin bei Prag aus der elterlichen Wohnung entfernt hat. Nach der Aussage Jaroslaw Hasmans hat sein Bruder den Bezraza betteln geschickt. Als dieser aber kein Geld brachte, ließ Wenzel dem flüchtenden Bezraza nach und er schlug ihn in einem Walde bei Lieben. Als Beweis für diese furchtbare Anschuldigung führt Jaroslaw an, daß Wenzel blutbespritzte Hosen gehabt hätte. Die Aussage Jaroslaws muß mit Vorsicht aufgenommen werden. Es scheint, daß Bezraza Hasman davongelaufen ist und auf dem Lande herumvagabundiert. Die Gendarmerie forscht eifrig nach dem Vermissten.

Der Todesprung in den Lichschacht. Die 40jährige Rosa Raselberger, Tochter eines Oberbuchhalters, sprang gestern in Prag-Weinberge vom dritten Stock ihres Hauses in den Lichschacht und blieb mit zertrümmertem Schädel und zerbrochenen Gliedern tot liegen. Das Motiv des Selbstmordes ist unbekannt.

Völkische gegen kommunistische Jugend. Das Wolff-Bureau meldet: Mittwoch abends kam es in Berlin zu einem schweren Zusammenstoß zwischen völkischer und kommunistischer Jugend. Der Bismarck-Bund und andere rechtsradikale Gruppen wurden beim Anmarsch zu einem Werbeabend aus Seitenstraßen heraus von vermutlich kommunistischer Jugend überfallen (?), wobei sich um die Jahre der Nationalisten eine wüste Schlägerei entwickelte, in deren Personifizierung fünf Bismarckbündler durch Messerstiche erheblich verletzt wurden. Die Polizei nahm zwei der Haupttäter fest.

Werbet Mitglieder für die polnische Organisation!

30.5 Milliarden für die Schneefäuberung in Wien. Um die letzten Reste des in diesem Winter so ausgiebig gefallenen Schnees zu beseitigen, wird in Wien noch ein sechster Zuschußkredit von nicht weniger als 1200 Millionen Kronen angesprochen werden müssen. Damit erreichen die Ausgaben, die von der Gemeinde Wien seit 1. Dezember 1923 für die Schneefäuberung und Schneebefuhr gemacht worden sind, die ungeheure Summe von 30.500 Millionen Kronen. Dieser Betrag geht weit über den Durchschnitt der Ausgaben für die Schneefäuberung von vielen Jahren hinaus. Es ist interessant, daß die Summe, die die Gemeinde Wien in diesem Winter für die Schneefäuberung auswenden mußte, ungefähr dem Jahresbudget 1924 des Landes Vorarlberg entspricht; sie ist auch ebenso hoch, wie die gesamten Ausgaben aller Art, welche die Städte Baden, Villach und Klagenfurt zusammen für das Jahr 1924 veranschlagen.

Die Budapest 15. Oktobermesse findet vom 31. Mai bis zum 10. Juni statt. Sie dürfte alle bisherigen in Budapest veranstalteten Messen an Umfang weit übertreffen, wie denn auch die Zahl der Messepaläste das Doppelte der bisherigen beträgt. Zum erstenmal wird hier eine graphische und Buchermesse abgehalten. Für die Zureise werden die weitgehendsten Reise- und Visabegünstigungen gewährt. Man hofft auf eine große Anzahl fremder Besucher, da die angemeldeten Muster geeignet sind, sowohl im Osten als auch im Westen zu interessieren.

Vor großen Demonstrationen gegen Judenborf in München. Der bairische Rath...

Die Elektrifizierung der tschechoslowakischen Bahnen. Nach Informationen des „Oeste Slovo“...

Das Professorenkollegium der Kiener Universität vor Gericht. Aus Kiow wird gemeldet...

Eine Frau — Sowjetgesandtin in Norwegen. Frau Kollontaj ist zum diplomatischen Vertreter...

Die Erforschung Sowjetrußlands. Letzter Tage wurden vom geologischen Hauptamt...

Der Attaché der Pariser chilenischen Gesandtschaft verschwunden. Die Pariser Blätter melden...

Bombenexplosion vor der britischen Gesandtschaft in Athen. Dienstag nachts explodierte...

Das Grubenunglück von Salt Lake City. Auf der Grube Castle-Garde wurden bisher 113...

Der Kampf gegen den Alkohol in Amerika. Bundesbeamte der Vereinigten Staaten drangen...

Mädchenmord im Osten Berlins. Ein graufiges Verbrechen wurde im Osten Berlins in dem Hause...

Springer war nicht mehr zu finden. Am nächsten Tage stellte er sich selbst der Polizei in Trepow...

Schiffszusammenstoß in der Elbemündung. Der japanische Dampfer „Amur Maru“, der sich auf der Fahrt von Hamburg nach Kobe befand...

22 Eisenbahnräuber zum Tode verurteilt. Vor dem Gericht des Gouvernements Minik wurde eine mehrhundertköpfige Bande von gewerdmäßigen Eisenbahnräubern abgeurteilt...

Ein bestialischer Jägermord.

In der Nähe von Lessach im Lungau (Salzburg) ist am Freitagmorgen der Jäger Zih ermordet worden.

Am Freitagmorgen früh verließ der Jäger Matthias Zih, ein geborener Lessacher, sein Heim...

Bei einer solchen eifigen Stelle lag ein Anstiel und der Jäger sagte zu Zeißler, er soll ihn nehmen...

Nun verdeckte sich der Mörder hinter einem Baume und wartete ab, ob der Jäger schon tot sei.

Da ging er hinzu, gab ihm einen Fußtritt und steckte ihm seinen Knüttel dreimal ins Gesicht...

Er hat also sein Opfer direkt abgestochen. Dann ging er eine weite Strecke abwärts...

Als am Mittwoch der Jäger noch nicht zurück war, wachte man ein Unglück durch eine Lawine...

Die verfolgte die Spur des Mörders vom Tatorte weg talabwärts, fand die Stelle, wo sich der Mörder vom Blute reinigte...

Da erinnerte sich einer an den Palast-Bühnen in Lessach, der zwar nicht als Wilderer verdächtig...

Kleine Chronik. Wahlsymbole der italienischen Parteien

Der Wahlkampf in Italien, der mit großer Erbitterung geführt wird, hat eine ganze Anzahl von Parteien auf den Plan gerufen...

Große Stürme an der ostamerikanischen Küste. „Le Matin“ erzählt aus New York, daß an den Küsten des Staates Maine...

Königliche Kolgarbitten. In ihrem Bestreben, die Zeit der Räteherrschaft aus der Geschichte des ungarischen Globus zu vertilgen...

Volkswirtschaft. Vom Wirtschaftsbeitrag.

Ausschuß für Innere Handel und Industrie. Unter dem Voritze Dr. Fiedlers fand Mittwoch eine Sitzung des angeführten Ausschusses statt...

referent Jng. Schaf, seinen Antrag auf glatte Ablehnung des Brünner Vorschlages nicht durchbringen und es gelang vielmehr ein vermittelnder Antrag zur Annahme...

Im Anschlusse an diesen kurzen Bericht erscheint es uns jedoch notwendig, einige Worte über die Arbeiten des Wirtschaftsrates zu verlieren...

Wenig erbaulich ist auch das Bild, das die Interessenten an einer bestimmten Frage sofort nach deren Erledigung korporativ, unbekümmert um alle anderen Punkte der Tagesordnung...

Eine selbstverschuldete Unterbilanz.

Zum Abschlusse des Wiener Bankstreits. Die dem Bankkapital untertane Presse ist auch in der Tschechoslowakei bemüht, die Niederlage ihrer Wiener splendiden Inkarnaten...

Große internationale Anleihen. Italien an Polen. — England und Amerika an Frankreich.

Die italienische Anleihe für Polen, die Dienstag abgeschlossen wurde, lautet auf 400 Millionen Papierlire und wird von der Banca commerciale Italiana gemeinsam mit dem Credito Italiano in Italien platziert. Die Anleihefrist beträgt 20 Jahre. Die Anleihe ist mit sieben Prozent verzinslich und wird zu 89 bezogen, wovon Polen 81 erhält. Polen verbürgt die Anleihe mit den Einnahmen seines Tabakmonopols. Im Falle eines Krieges oder eines sonstigen Einflusses hießen die Fabriken und Depots usw. des Monopols die italienische Flagge und gelten als italienischer Besitz. Polen verpflichtet sich weiters 60 Prozent seines Bedarfs an fremdem Tabak in Italien einzukaufen.

Zu den Meldungen über Kreditverhandlungen Frankreichs in London erfährt der finanzielle Mitarbeiter des „Manchester Guardian“, es handle sich um einen Akzeptkredit von fünf Millionen Pfund. Der Kredit, an dem sich eine Reihe führender Londoner Banken und Finanzhäuser beteiligen, läuft zwölf Monate. Er wird durch in London hinterlegte Bons der Anleihe für die Nationalverteidigung gedeckt und von der Bank von Frankreich garantiert.

Aus New York, den 12. März wird gemeldet: Amerikanische Bankiers unter Führung des Hauses Morgan haben den Kredit von 100 Millionen Dollar an die Bank von Frankreich bewilligt. — Dazu schreibt die Londoner „Times“, die Bank von Frankreich habe sich bereit erklärt, wenn der Kredit bis zur Verfallszeit nicht auf andere Weise liquidiert werde, Gold in vollem Betrage nach New York zu senden. Der Gouverneur der Bank von Frankreich habe Morgan weiter mitgeteilt, daß die französische Regierung bis zur Besserung der Finanzlage keine Kredite außer zur Fundierung der schwebenden Schuld aufnehmen und daß sie keine Anleihe ausgeben, sogar nichts für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes tun werde, ohne eine solche Anleihe durch normale Budgeteinkünfte sichergestellt zu haben.

Erhöhung der Beamtenbezüge in Deutschland.
Wie die „A.ö. Zeitung“ erfährt, ist wahrscheinlich mit einer Erhöhung der Beamtenbezüge um etwa 15 Prozent der jetzigen Gehälter zum 1. April zu rechnen.

Entspannung im englischen Kohlenbergbau.
Das Tschechoslowakische Presbüro meldet aus London, den 12. März: In dem Konflikt zwischen den englischen Grubenbesitzern und Arbeitern ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Der Konflikt entstand auf Grund der Forderung der Bergleute auf Erhöhung der Minimallohne und über die Anerkennung eines Anteiles am Gewinne. Den Vertretern des Bergarbeiterverbandes wurden von den Grubenbesitzern Vorschläge zur Regelung der strittigen Fragen vorgelegt und diese Vorschläge werden morgen früh der Versammlung der Delegierten der Bergleute unterbreitet werden. Man ist der Ansicht, daß der Vollzugsausschuß den Delegierten keine Direktiven erteilen wird, so daß ihnen die Annahme oder Ablehnung der von den Grubenbesitzern gestellten Bedingungen überlassen bleibt. Wie ferner mitgeteilt wird, stellen die Vorschläge der Grubenbesitzer einen Kompromiß zwischen dem gegenwärtigen Stande und den Forderungen der Bergleute dar.

Der Siegeszug der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Vor kurzem noch wenig beachtet, sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den Vereinigten Staaten im letzten Jahre in einem wahrhaft amerikanischen Tempo emporgegangen. Das amerikanische Ackerbauministerium teilt mit, daß im Jahre 1923 die Genossenschaften landwirtschaftliche Produkte im Werte von zwei Milliarden Dollars auf den Markt gebracht haben. Das Ministerium hat bearbeitet die Berichte von 813 Genossenschaften; hievon entfallen 30 Prozent auf Getreideverkaufsstellen, die beinahe eine halbe Milliarde Dollar Umsatz hatten, 22 Prozent auf die Wolleigentumsenschaften mit einem Umsatz von 300 Millionen Dollar, Viehhandelsgenossenschaften 11 Prozent mit 220 Millionen Dollar, Obst und Gemüse 11 Prozent mit 280 Millionen Dollar; außerdem gab es 78 Baumwollgenossenschaften mit einem Umsatz von 400 Millionen Dollar und 14 Tabakgenossenschaften mit 132 Millionen Dollar. Gegenwärtig gibt es 928 genossenschaftliche Säfabriken, 1640 Molkereien und 6000 genossenschaftliche Elevatoren.

Verträge.

„Die Zukunft des Völkerbundes“.

Wittwoch sprach im Rahmen einer Vollversammlung der deutschen Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik der bürgerliche Reichstagsabgeordnete und Völkerrechtler Prof. W. Schöningh (Berlin) über die Zukunft des Völkerbundes. Er führte u. a. aus:

Auf dem Gebiete der völkerrechtlichen Entwicklung herrscht heute ein Steptizismus, der sogar stärker ist, als vor und während des Krieges, da der Friede von Versailles die Hoffnungen aller Pazifisten enttäuscht hat. In diesem Steptizismus sind wir jedoch nicht berechtigt.

Der Völkerbund ähnelt in seiner Struktur merkwürdig der Heiligen Allianz von 1815. Er trägt wie diese ein Janusgesicht, einerseits dient er der Rechtsverwirklichung und Friedenswahrung, andererseits den machtpolitischen Tendenzen, welche im Versailles-Vertrage zum Ausdruck kamen. Wir dürfen aber nicht glauben, daß er wie die Heilige Allianz zu-

grunde gehen wird, sondern er kann zu einem Instrument des wahren Rechtsgedanken ausgebaut werden.

Vor allem muß der Völkerbund universal sein — Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten müssen in ihn einreten. Regäßig Deutschlands, glaubt der Vortragende an den baldigen Eintritt, nicht so bezüglich der Vereinigten Staaten. Er vertritt den Gedanken, den Völkerbund durch kontinentale Unionen zu ersetzen, wie dies manche Publizisten (Alvarez, Coudenhove-Calergi) wollen und will solche Organisationen nur zur Wahrung des Friedens als Träger der Bundesexekutive gelten lassen. Diese Bundesexekutive darf jedoch nur zur Wahrung des Rechtes, nicht politischen Interessen erfolgen, weshalb der Völkerbund entpolitisiert werden müßte. Den Weg zur Entpolitisierung sieht Schöningh in der Demokratisierung des Völkerbundes. Er verlangt vollständige Rechtsgleichheit der einzelnen Staaten innerhalb des Bundes, welche hauptsächlich im gleichen Einflusse aller auf die Bestellung der Völkerbundorgane zum Ausdruck kommen soll. Weiter müßte der Völkerbund, welcher jetzt eine Diplomatenversammlung ist, zu einem Weltparlament umgebaut werden, in welchem die Völker direkt, nicht durch Diplomaten, vertreten sind. Der Rechtsgedanke müßte im Völkerbundrat eine bessere Verwirklichung erfahren. Vor allem müßte der Krieg aufzuheben, eine Rechtsinstitution zu sein. Alle Streitigkeiten müßten durch den Völkerbund geschlichtet werden, jedoch nicht wie jetzt, durch den politisch zusammengesetzten Völkerbundrat, sondern durch eine unabhängige Schlichtungskommission. Auch eine allgemeine Abrüstung müßte durchgeführt werden.

Schöningh tritt für die Beibehaltung des Art. X der Völkerbundsatungen ein, welcher eine gegenseitige Garantie der Grenzen enthält, verlangt jedoch das nötige Korrelat zu dieser Garantie — das Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches zu einer Rechtsinstitution ausgestaltet wäre und für die Bestimmung der Grenzen maßgebend sein sollte. (Wichtig!) Auch der Schutz der Minderheiten müßte ausgebaut werden und diesen ein subjektives Recht auf Einhaltung der sie schützenden Bestimmungen, welches vor einem internationalen Forum gewahrt werden könnte, gegeben werden. Außerdem soll der Völkerbund auch soziale Aufgaben erfüllen. So sollte er die internationalen Wanderungen, welche sich jetzt nur nach kapitalistischen Grundgesetzen richten, regeln und sich auch mit der internationalen Verteilung der Rohstoffe befassen, damit es nicht mehr geschehe, daß in Rußland Millionen hungerten, während in Amerika das Getreide zugrunde ging, da es keinen Absatz dafür gab. So könne der Völkerbund der Ansat zu einem neuen Zeitalter werden.

Soweit der bürgerliche Völkerrechtler Prof. Dr. Schöningh, dessen Ausführungen sich natürlich von der sozialistischen Auffassung über Wert und Wirkungsmöglichkeiten des Völkerbundes unterscheiden.

Kunst und Wissen.

Smetana und die deutsche Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei. Unserer deutschen Arbeiterschaft gebührt der Ruhm der Ehrenrettung der deutschen Tonkunst in der Tschechoslowakei im Falle des Smetana-Jubiläums. Während die bürgerlichen Prager deutschen Musikfreunde den hundertsten Geburtstag des größten tschechischen Tonbilders unbedacht ließen, hat der Kreisbildungsausschuß Auf-
sicht der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wie bereits berichtet, am 10. März ein Smetana-Festkonzert gegeben. Das aus Anlaß dieses Konzertes herausgegebene Programmheft für die drei im Monate März und April in Aufzug stehenden Arbeiter-Symphoniekonzerte huldigt auch äußerlich dem Smetana-Jubiläum; denn es trägt an der Spitze den Widmungsvermerk an Friedrich Smetana und bringt als Einleitung eine kritisch-biographische Skizze über diesen Meister aus der Feder J. Pelinas (Aufsicht). Auch dieses Sammelprogramm ist wiederum musterhaft in seiner praktischen Verwendbarkeit, Billigkeit und vornehmen Ausstattung und musterhaft als bleibendes Erinnerungszeichen und bleibender Bildungsbefehl für den musizierenden Arbeiter. —

Komponisten-Nachwuchs an der Prager deutschen Musikakademie. Fidello Finko, der gegenwärtige Führer der deutschen Neutöner in der Tschechoslowakei, hat seiner musikalischen Richtung auch das entsprechende Rückgrat gegeben, seit er als Lehrer der Komposition an der Prager deutschen Akademie der Tonkunst wirkt. Bei der ausgesprochenen persönlichen Eigenart des Tonbilders Finko ist zu erwarten, daß seine Kompositionsschüler bald ebenso markant profiliert im deutschen Musikleben auftreten werden, wie die Kunstjünger der Berliner Schule Schreiders oder des Wiener Meisters Schönberg. Der auffallend kräftige Komponisten-Nachwuchs an der Prager deutschen Musikakademie ist übrigens ein gutes Zeichen für die künstlerische Fruchtbarkeit dieser Musikbildungsanstalt und entspringt offenbar der Einsicht, daß reger Wettbewerb die Quelle des Fortschrittes ist. Der letzte öffentliche Musikabend unserer deutschen Musikakademie machte uns gleich mit zwei Schülern Finkos auf einmal bekannt. Das größere Talent der beiden ist der Stürmer und Dränger Bizarowich, dessen Suite für Kammerorchester sich durch frische Ursprünglichkeit auszeichnet, reich an musikalischer Erfindung ist, abwechslungsreich im Rhythmischen und überraschende Gewandheit in der Farbmischung der Instrumente zeigt. Der Mangel an stilistischer Geschlossenheit des Wertes und die Kurzatmigkeit ihrer einzelnen Sätze, die improvisationstypisch wirken, spricht mehr zum Vorteil als zu Ungunsten des Komponisten, dessen Erfindungs-

Verleger: Dr. Ludwig Cech und Karl Cernoch
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Grottau. Letzten Sonntag fand im Deutschen Haus in Grottau eine gut besuchte Konferenz der Bezirksorganisation Kragau-Grottau statt. Auf der Tagesordnung standen: Berichte, Unsere nächsten Ausgaben und Allgemeines. Die Berichte der Bezirksleitung erstatteten die Genossen Seidel und Profoph, welche mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurden. Die örtlichen Berichte der Genossen aus Spittelgrund und Christofgrund erweckten allgemeines Interesse. Zum zweiten Punkte referierte Genosse Seidel hauptsächlich über die vorzunehmende Verbeaktion und bemerkte, daß die Wichtigkeit dieser Angelegenheit den Genossen allerorts ein Ansporn sein wird, diese Aktion mit einem entsprechenden Erfolge abzuschließen. Die Verbreitung der Parteipresse soll gleichzeitig damit verbunden werden. Die von der Bezirksleitung hiezu gemachten Vorschläge gelangten zur einstimmigen Annahme. Beim Punkt Allgemeines wurde der Abhaltung eines Vortrages über Schule und Sozialismus zugestimmt und die Vorarbeiten zur diesjährigen Reise der Bezirksleitung überwiesen. Nachdem noch einige Ausführungen über die Einkommensteuer gegeben worden waren, wurde die schön verlaufene Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

Parteiarbeit im Kreise Olmütz. Die erweiterte Kreisleitung des Kreises Olmütz hat in ihrer Sitzung vom 20. Februar 1924 den Beschluß gefaßt, die örtliche Kreisversammlung am 6. April 1924 in Olmütz, Gewerkschaftshaus, abzuhalten. Beginn um 8 Uhr früh. Tagesordnung: Berichte der Kreisleitung, des Kassiers, der „Volkswacht“ und der Kontrolle, sowie der Frauenorganisation und der Kreisbildungsstelle; Klassenkampf und Massenschulung (Referent Genosse Dr. Stern), Neuwahlen der Kreisleitung, der Kontrolle und der Frauensektion und Allfälliges. — Am Samstag, den 5. April findet in Sternberg eine Sitzung der erweiterten Kreisleitung statt. Beginn 5 Uhr abends. Ort: Arbeiterheim. — Am selben Tage findet um 8 Uhr abends eine Volksversammlung statt, in welcher die Genossen Abg. Sadenbergs und der Leiter der Bildungszentrale Dr. Stern sprechen werden über: „Die politische Lage, die Sozialdemokratie und die Sozialversicherung“ (Referent Abg. Sadenberg), „Die Bildungsarbeit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (Referent Dr. Stern aus Prag).

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Prag II. Böhmerwald Landschaften im Lichtbild mit Vortrag des bekannten Schriftstellers Oberlehrer Blau am Samstag, 15. März, 7 Uhr abends, Hörsaal XX der deutschen Techn. Hufova (Rähe Vertim). Gäste willkommen. — Es werden auch einige Ausnahmen aus der „Naturfreunde“-Bewegung gezeigt. Karten abends. — Sonntag: Jugendwanderung: Treffort 8 Uhr, Smichower Bahnhof. Führung: Strnad. Rückkehr 1 Uhr nachmittags. — Sonntag: 2. Partie: Bobaba-Sarfa. Abfahrt 8.15 Majarsk-Bahnhof. Führung: Gregora. Rückkehr 1 Uhr nachmittags. 2023

kräft der Verschwendung musikalischer Gedanken kein Ziel setzt. Weniger überzeugend gab sich der zweite Finko-Schüler Seemann zu erkennen, dessen Vieder nicht nur an schlechter Deklamation leidet, sondern auch der das moderne dramatisierte Lied beherrschenden Grundstimmung entranen und sogar vor Banalitäten nicht zurückschrecken. Das übrige Programm des Musikabends bestritten Schüler aus der Klavierabteilung Direktor Romeo Finkes und Prof. Langers sowie des Klarinetten-Lehrmeisters Firtschal. Das musizierende Volk sei auf diese Musikabende als billigster und musterhaftiger Musikbildungsquellen wiederholt aufmerksam gemacht. —

„Die politische Frau“. Lustspiel von Hans Krenz wurde vorgestern von der Exl-Bühne dargestellt. Wiederum geht es um den beliebten Gegensatz zwischen „Mannsleut und Weibsleut“, der sich diesmal auf politischem Felde auslebt. Im Gebirgsdorf soll ein neuer Bürgermeister gewählt werden und nun stehen sich eine weibliche und eine männliche Partei gegenüber, die sich unglücklicher Weise auf zwei Kandidaten geeinigt haben, welche ein Liebespaar sind. Das Ende ist die trotzig-leidenschaftliche Liebeszene zwischen dem neugewählten Bürgermeister und der durchgefallenen Gegenkandidatin, die ja doch Frau Bürgermeister wird und politisch in dieser Ehe wohl die erste Rolle spielen wird. Den Höhepunkt des Stückes bildet die lustige Wählerversammlung mit dem herbeigerufenen Herrn Abgeordneten. Herr Röd war in dieser Rolle ausgezeichnet. Leider ist der Dialog gemischt aus Kriegssprache und Ausfällen gegen Wahlrecht, Politik der Frau und politische Tätigkeit überhaupt. Das Spiel der Exl-Leute war dagegen durchwegs vorzüglich. Besonders Direktor Exl und Frau gefielen in der Rolle der verliebten Gegenkandidaten durch Sumor und Realist, überraschend echt war die Darstellung gesüßelter Leidenschaft durch die Frau. Das Zusammenspiel stand selbst in den Vertreten kleinsten Rollen auf achtenswerter Höhe.
Dr. K. E.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Tausend und eine Nacht“, morgen Samstag Premiere „Das Kameel geht durch das Nadelohr“ (Beginn halb 8 Uhr), Sonntag abend „Rädi“ bei ermäßigten Preisen.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Abschiedsabend der Exl-Bühne „Der Ehebrecher“, Samstag „Don Pasquale“, Sonntag 3 Uhr Gastspiel Lord-Weißner „Die Flamme“, abends „Liliom“.

Vorstellungsbeginn im Neuen Theater ab Montag um halb 8 Uhr. Die Theaterauslei teilt mit: Um zahlreichen Wünschen aus den Kreisen des Publikums entgegenzukommen, werden ab Montag, den 17. März, sämtliche normalen Vorstellungen, deren Spieldauer nicht mehr als 2 1/2 bis 3 Stunden beträgt, während der kommenden Frühjahrs- und Sommermonate um 7 1/2 Uhr beginnen. Abweichungen von dieser Anfangszeit werden besonders angekündigt werden.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Schlechtes Wetter
verlangt gute Schuhe!
Darum tragen Sie
Palma Kautschukabsätze & Sohlen

Spielend leicht backt jede Köchin.
mit Dr. A. Oetker's Backpulver, Backin

Wo vertehren wir?
Café Continental, 1033 Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, 1033 Prag-Neozanta.
Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smecly 22 (Urania). 1000
Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich 8 PRAG II., Hybernská Nr. 7.
Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27
Unser Stammlokal.
Inserieren bringt Erfolg!